

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Sonntag, Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkammer“, Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich RM. 1,50 bei den Agenten monatlich 50 Pf. Hinzu tritt Postgebühr oder Transport. Anzeigen: Grandville 20 Pf., lokale 15 Pf., Anzeigen von auswärtigen werden durch Vorkaufnahme erhoben. Ertüchtigungsort Friedberg, Schriftleitung und Verlag Friedberg (Hessen), Hanauerstraße 12. Fernsprecher 48. Telek.-Conto Nr. 4829. Amt Frankfurt a. M.

24. Bericht.

Wie der „Kost“ aus Straßburg gemeldet wird, erlärte der Gerichtsherr in den Prozessen Reuter und Fortner den Bericht auf Einlegung des Rechtsmittels der Berufung, womit beide freisprechende Urteile rechtskräftig werden.

Beim Oberst v. Reuter, der der „Badischen Landeszeitung“ zufolge zuerst bei Verwandten in Oberfrank in Baden weilt, sollen, wie das Blatt meldet, bis jetzt über 15 000 Depeschen eingelaufen sein, neben einer Unzahl von Briefen und Karten.

Der Kaiser hat, wie die „Neue Zeitung“ hört, dem Führer der deutschen Militärmission in der Türkei, Generalleutnant z. D. Liman von Sanders, den Charakter als General der Kavallerie verliehen.

Bei Franz Kossuth, der seit einigen Wochen schwer krank darniederliegt, wurde, da die Kräfte des Kurierers befürchten, gestern mittig an dem Krankenbette durch den Bürgermeister die Notkreuzung Kossuths mit der Witwe Gräfin Benbowenski, mit der er sich vor einiger Zeit verlobte, vorgenommen.

In Rotterdam ist ein Kohlenzylinder geplatzt. Dabei fand ein Arbeiter den Tod, und acht Mann wurden zum Teil schwer verwundet.

Seit einigen Tagen herrscht in Schweden und Norwegen eine furchtbare Kälte. In der schwedischen Provinz Stralsund sank die Temperatur in der Montag Nacht auf 54 Grad Celsius unter Null. Die niedrigste Temperatur, die Wämmölen auf seiner Südpolarexpedition gemessen hat, betrug 60 Grad Celsius.

Die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter hat den Generalstreik für Portugal verkündet. Der größte Teil der Eisenbahnarbeiter, auch die nichtorganisierten, ist dem Ruf gefolgt und hat die Arbeit eingestellt.

In London verurteilten mehrere zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilte Verbrecher aus der Strafanstalt in Newson Ben anzubereiten. Die Verurteilten, die die Verfolgung aufgegeben haben, mochten von ihren Waffen Gebrauch. Drei der Verbrecher wurden erschossen, zwei andere schwer verwundet.

Große Massen Streikender haben verschiedentlich versucht, die im Randgebiet belegenen Führer des Ausstandes zu befreien. Sie wurden jedoch stets von der Buren-Polizei mit Kanonen zurückgetrieben. Mehrere Personen wurden bei den Zusammenstößen erheblich verwundet.

Deutscher Reichstag.

199. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Der Bundesrat ist leer.

Eingegangen ist eine neue Interpellation der Sozialdemokraten über Gubern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Vizepräsident Dr. Koenig: Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht hat in der Sitzung des Herrenhauses vom 10. Januar ein Mitglied des letzteren sich dahin geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag aufgenommen würde, darauf schließen ließe, daß die nationale Gesinnung überall im Ausschüssen befristet sei, daß aber die brennende Notwendigkeit des deutschen Volkssoldaten-Gesetzes, die in der Wehrmacht lebendig war, habe vernichten lassen. (Nunmehr links: Unschick!) Ich erlaube mir lebhaftest den Dankungen der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu, Kritik an dem Vorhaben des Reichstages zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Bundesstaaten der einzelnen Bundesstaaten für sich in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vernichten lassen, so hat hierin vornehmlich auch angefaßt der Laie, daß das Gesetz über den Wehrbeitrag vom Reichstag mit überwiegender Majorität angenommen worden ist, eine Billigung des Reichstages (Rechts: Zustimmung) im Zentrum und links. (Nunmehr links.) (Erneute lebhafteste Zustimmung im Zentrum und links.)

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Verschiedene gemeinverständliche Organisationen und die Reichsregierung für soziale Reformen veranlassen weitere Bestimmungen für die Arbeiter in der Schwerindustrie, sowie eine gezielte Regelung der Arbeitszeit.

Die Kommission will die Petitionen, soweit sie eine Verminderung der Arbeitszeit, Regelung der Wochenstunden, Verbot der Nachtarbeit für Frauenkinder, Verbot der Frauenarbeit u. s. w. verlangen, zur Berücksichtigung überweisen, während die Kommissionen für diese Punkte nur Erwidrigung wünschen.

Abg. Spielmann (Soz.): Infolge technischer Umänderungen ist die Arbeit in den Säulenwerken außerordentlich erschwert worden. Die Arbeitskraft der Arbeiter wird in unerhörter

Weise ausgenutzt. In Gladbach und Zugwind muß lange und schwere Arbeit geleistet werden. Dabei nimmt dieses gesundheitsschädliche Ueberstundenwesen einen immer größeren Umfang an. Hier muß die Reichsregierung helfend eingreifen.

Abg. Giesberts (Centr.): Darin sind alle Organisationen einig, daß die Verhältnisse der Säulenarbeiter verbessert werden müssen. Ohne den Kostpunkttag geht es nicht mehr. Die amlich geführten Ueberarbeit-Listen können leider oft mit den Tabellen nicht überein. Die Inspektionsberichte geben schauerhafte Dinge wieder. Wir hoffen, daß die in Aussicht gestellte Bundesratsverordnung wirklich Besserung bringt. Die Regierung sollte mit den Organisationen direkt in Verbindung treten.

Abg. Dr. Wötter (natl.): Wir werden vom Reichsgesundheitsamt eine Zusammenfassung über die Gesundheitsverhältnisse in der Großindustrie erhalten. Wir gehen an, daß Wirtschaften mancher Art in manchen Betrieben sind. Nie absehbare werden müssen. Wenn auch die Polizeibehörden der Interessenten natürlich immer eifrig und inflexibel sind, so enthalten sie doch auch mancher Mängel. Beide Teile müssen abgehört werden. Die Sozialdemokraten wollen auch in den Großindustrie eine praktische Ausübung durchzuführen. Den Gewerkschaften ist ein sehr wichtiges Recht zu geben. Ist doch ein gefährliches und lebenslanges Engagement, das die Arbeiterinnen selbst ablehnen würden. Die Fortführung der Sozialpolitik in der Industrie muß für die Arbeiter, nicht gegen sie geschehen. (Beifall.)

Abg. v. Franke (Centr.): Unter Anwesenheit der Petitionen lediglich zur Erörterung zu überweisen, entfallen nicht etwa einem geringeren Maßstab an den Arbeiter, sondern insofern die Arbeiter. Selbst der Staatsrechtler hat vor einem Jahre ausdrücklich anerkannt, daß in dieser letzten Zeit keine Einmütigkeit in der Reichsregierung vorzukommen. Die sich besser nicht wiederholen sollten. Die Petitionen sind durch die fortwährende Meinungsänderung geradezu erschüttert. Wenn die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage verlangen, so werden wir gern mitarbeiten. Der Vorwurf der Unzufriedenheit trifft uns nicht, sondern diejenigen, die ein übertriebenes Tempo in der Sozialpolitik verlangen.

Abg. Söfnick (Natl.): Die Wirtschaft in der oberirdischen Eisenindustrie sind erheblich größer als im Westen. Die oberirdischen Arbeiter haben es mit besonderem Fleiß zu versehen, alle Bundesratsverordnungen zu ihren Gunsten anzulegen. Der weiteren Ausbeutung unserer Arbeiter müssen endlich gesetzliche Schranken gesetzt werden.

Abg. Windler (Republikaner): Zur Regelung der Frage ist eine internationale Verständigung notwendig.

Abg. Haberland (Soz.): Es kommt es so groß, daß Kleinigkeit nicht tut. Es kommen Arbeitszeiten von 36 bis 48 Stunden vor.

Abg. Dr. Paterkordt (n. Bg.): Der Reichstag hat sich schon oft mit dieser Frage beim Etat des Innern beschäftigt. Eine Verminderung der Arbeitszeit muß angestrebt werden.

Die Erörterung schließt, das Haus beschließt nach dem Antrag der Kommission.

Das Haus verlegt sich.

Donnerstag 1 Uhr: Interpellation über die Vorgänge in Gubern; Samstagsruhe im Handelsgewerbe.

Schluß 1/2 Uhr.

Vereinslicher Landtag.

Abgeordnetenhause.

3. Sitzung, 14. Januar, 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenz, Hr. v. Schorlemer, o. Breitenbach.

Vizepräsident Graf Schwerin. Böhm gibt persönliche Eingänge bekannt.

Erste Lesung des Etats (Fortsetzung).

Abg. Hr. v. Jedlich (Republik): Ich gebe der freudigen Genugtuung Ausdruck über die dünigige Erklärung des Ministerpräsidenten in der Reichsfrage. (Beifall.) Im Einverständnis mit dem anderen Redner kann ich der Staatsregierung nicht dringender empfehlen, den Termin zur Vermögensgegenstandsbekanntmachung auszusprechen, als ich es in der letzten Sitzung. Da das Gesetz der Sozialdemokratie die Befreiung aller Vertriebenen ist, würde es im Wege der Gewerkschaften des Proletariats dahin bringen, jedes Verlangen zu entgegen zu vermerken, was es nicht erworben hat. (Beifall rechts und bei den Natl.) Die Befreiungsfrage läßt sich jedoch nur durch die Arbeitslosen oder durch die Vermögensgegenstandsbekanntmachung. Da die Arbeitslosen die Regierung getraut hätte, abgelehnt wurde, blieb nur noch die Vermögensgegenstandsbekanntmachung, für die wir trotz ihrer Beschränkung schließlich blieben. Für eine Arbeitslosenversicherung sind wir nicht zu haben, werden aber für den Ausbau der Arbeits-

notwendige und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten eintreten. Eine bessere Verteilung der Volkshäufigkeit auf dem ländlichen Lande und eine Fürsorge für die Volkshäufigkeit ist in der Tat notwendig. In der Frage des Arbeitswillens sind wir schließlich auch der Meinung, daß die bestehenden Vorschriften ausreichen, nur muß die Staatsregierung der Polizei genügend Anweisung geben, daß unter allen Umständen die Straßen und öffentlichen Plätze für den wirtschaftlichen Verkehr freibleiben. (Sehr richtig! bei den Natl.) An der Änderung des bestehenden Wahlrechts hat trotz seiner Mängel der überwiegende Teil des Volkes kein Interesse. (Nunmehr links, b. Soz., Beifall rechts.) Daß ein paar bürgerliche Mandate an die Sozialdemokratie gefallen sind, wird weitaus angemessen durch die Stärkung der wahrhaft nationalen Richtung der Nationalliberalen (Allgem. Beifall). Die Arbeiterklasse hat in dem Reichstagswahlrecht schon mehr Recht, als ihr gebührt. (Nunmehr links, b. Soz., Beifall rechts.) Zur Erhaltung Preußens in seiner Eigenart als monarchischer Staat gehört auch die Erhaltung seines Wahlrechts. (Beifall rechts.) Die Sozialdemokratie hat die Rechte des Reichstages mißbraucht und die bürgerlichen Parteien verleitet, an dem Wahlrechtsantrag sich zu beteiligen. (Beifall, Zustimmung rechts. — Nunmehr links. — Widerspruch.) Die Sozialdemokratie will die jetzige Kurie beibehalten, um an der Struktur der Verfassung und des Reiches zu rütteln. Wir können in dieser Hinsicht vom Reichstag noch mehr erwarten. Im Jahre 1908 sind die elfstimmigen Zivilerwahlrecht nicht auf der Höhe. (Beifall rechts.) Die dortige Beamtenchaft muß an Kopf und Gliedern reformiert werden. (Beifall, Beifall.) Wenn die demokratische Richtung im Reichstags sich der Hoffnung hingibt, mit Mißtrauensvoten die Stellung der Regierung zu erschüttern und die Parlamentsherrlichkeit durchzusetzen, so beruht diese Hoffnung auf der Schwäche der Regierung. (Sehr richtig! bei den Natl.) Der Einfluß Preußens, das in im Bundesrat zu fordern, muß auch im Interesse des Reiches voll und ganz erhalten bleiben. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. Lenz erklärte die Bereitwilligkeit der Staatsregierung, den Termin zur Abgabe der Vermögensgegenstandsbekanntmachung zum 31. Januar zu verlagern. Handelsminister Dr. v. Sadow erwiderte dem Abgeordneten Windler, daß die Verhandlungen mit dem Kohlenlandtag bislang noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Er würde aber wieder aufgenommen werden und das Zutreffende feststellen und privaten Unternehmen wieder zu behalten.

Abg. Dr. Wiemer (Fortschritt) wandte sich gegen die Äußerungen des Abg. v. Jedlich. Er sollte doch nicht bloß sein mit seinen herablassenden Äußerungen gegen das Reichstagswahlrecht. Die Politik des Ministerpräsidenten in der Reichstagsfrage sei klar zu sehen. Der Polizeipräsident von Jagow habe in ein schwebendes Verbot eingegriffen. Was hat der Herr Minister getan, um solche Fälle zu verhindern? Notwendig sei eine Reform der Militärgerichte. Einseitig und ungerichtet sei es, der Zivilverwaltung von Jagow alle Schulden anzuhängen. Der Reichsdirektor sei ein durchaus nationaler Mann.

Minister des Innern v. Dallwitz: Alsobach nach Eingang der ersten telegraphischen Berichte über die schweren Sturmfluten an der Ostküste hat die Regierung der kaiserlichen Lage der Bevölkerung, die durch das Naturereignis betroffen waren, ihre volle Aufmerksamkeit geschenkt. Damit selbst nach Eingehen der Depeschen habe ich mit Zustimmung des Finanzministers 20 000 Mark für Vinderung der ersten Not zur Verfügung stellen können. Am Tage darauf ist noch ein telegraphischer Bericht an den Kaiser der Kultur gekommen, für den Regierungsbüro Künig einen weiteren Betrag zur Verfügung zu stellen. Die Behörden sind angewiesen worden ihre Berichte nach Möglichkeit zu beschleunigen. Nach Eingang der Berichte wird die Regierung bereit sein ihnen über ihr Ergebnis und die auf Grund dessen von der Regierung getroffenen Entscheidungen Auskunft zu erteilen. Der Abgeordnete Herold hat gestern über die geringe Zahl der farbigen höheren Verwaltungsbeamten Beschwerde geführt, die in keinem Verhältnis zur Zahl der katholischen Bevölkerung liege. Er hat dabei von der Ansicht ausgegangen, es erziele eine Zurückführung der katholischen Beamten bei ihrer Uebernahme in die Verwaltung. Diese Annahme ist unzutreffend. Die Kommission der zur Regierung berufenen Referendeare spielt nicht die mindeste Rolle. In den Vorgängen in Schleswig-Litauen ist heute scharf Kritik geführt worden, und zwar mehr an der Militär-, als an der Zivilbehörde. Der Reichslandtag hat gestern auf die Angriffe, welche gegen die Zivilbehörden gerichtet waren, mit Entschiedenheit geantwortet und betont, daß dieses Haus nicht zulässig ist. Ich muß das gleiche auch hinsichtlich der Angriffe gegen die Militärverwaltung erklären und die Kritik verurteilen. (Beifall rechts, Nunmehr links.) In dem Wunsch des Herrn von Jedlich, daß die Volkshäufigkeit mit Weisungen versehen werden möchten, daß sie bei Streitigkeiten nicht nur für den Schutz des öffentlichen Verkehrs auf der Straße, sondern auch für den Schutz der Ordnung im allgemeinen sorgen müßten, kann ich mitteilen, daß betreffende Weisungen bereits erlassen sind. (Beifall rechts, Beifall links.) Ich glaube, daß es tatsächlich möglich sein wird, in dieser Weise Ausbesserungen besser zu verfahren als bisher. (Beifall rechts, Nunmehr links.) In den Beschwerden über die zu hohe Einzahlung des Pauschals bemerke ich, daß es vielen sehr be-

achtsameren Seiten der Wunsch an mich gerichtet wurde, die Einberufung des Landtags bemerke ich, daß von vielen sehr be-
 sich dabei von loslösen Gründen leiten. Dann der Etat hätte
 vor Hochzeiten nicht vorgelegt werden können. Die Ver-
 waltung des Abg. Wiener über die Wahlreform sind an sich durch
 die Erklärung des Reichstagswahlrechts erledigt. (Dial links). Der
 Abg. Wiener behauptet, daß viele Wähler von der Wahl sich
 haben zurückziehen lassen, weil sie das System nicht billigen.
 Ich meine, wenn jemand das Mittel einer Veränderung hat,
 dann kann er wohl von seinem Wahlrecht Gebrauch machen.
 Gerade die Partei des Abg. Wiener hat durch ihre Forderung
 auf Einführung des Reichstagswahlrechts die Wahlreform ver-
 hindert. Wenn die Wahlreform den Willen dieses Hauses nicht
 gehabt hat, so ist das nicht die Schuld der Staatsregierung.
 Sie ist jedenfalls in vollkommen loyalen Maße der Aufhebung
 der Thronrede gerecht geworden. Auf den Wunsch des
 Abg. Wiener hinsichtlich der Bildung der Berufsvereinigungen
 von Schülern näher einzugehen, wird bei der zweiten Lesung
 Gelegenheit sein. Ich halte es nicht für möglich, eine be-
 sondere Vereinigung von Schülern in einer militärisch or-
 ganisierten Gruppe zu dulden. In den Zeitungsartikeln des
 Polizeipräsidenten von Zagow im Falle Horstner wurde be-
 hauptet, daß damit ein Eingriff in ein laufendes Verfahren
 vorgenommen und eine unzulässige Beeinflussung stattgefunden
 habe. Eine solche Beeinflussung könnte doch nur von einer
 übergeordneten Behörde ausgehen (Rachen links), nicht aber
 von einem an der Sache uninteressierten Beamten. (Rachen links
 und Zarke der Soy). Bei aller Anerkennung des Rechtes auf
 freie Meinungsäußerung kann ich es aber nicht zugeben,
 wenn Beamte ohne zureichenden Grund in ein noch nicht abge-
 schlossenes gerichtliches Verfahren in der Tagespresse ein-
 greifen. Es entspricht das nicht der erforderlichen Zurückhaltung der
 öffentlichen Behörde gegenüber. Wenn aber der Abg. Wiener
 von mir eine genaue Auskunft verlangt über etwaige Vor-
 gehaltungen, welche aus Anlaß dieses Falles dem Polizeipräsidenten
 gemacht seien, so muß ich das mit aller Bestimmtheit ablehnen.
 (Dial rechts). Es ist lediglich Sache des Reichstags,
 darüber zu befinden, ob und in welcher Weise er unter-
 stellen Beamten seine Zustimmung in einem Einzelfalle erteilen
 werden lassen will oder nicht. (Schwall rechts).

Nachdem der Präsident Graf Schöller dem Minister
 den Dank des Hauses für die Mitteilungen über die Offizi-
 schäden ausgesprochen hatte, labelte sehr heftig der Abg. Kow-
 janski die Ansehenspolitik Preußens; sie sei unmoralisch.

Abg. Hirsch (Soy) verlangte die organische Neuregelung
 des Steuerwesens, besonders die Beseitigung der Steuer-
 grenzen. Darnach könne die Regierung ihren abliegenden
 Standpunkt zur Arbeitslosenversicherung nicht aufrecht erhalten.
 Eine Verschärfung des Arbeitsmittellgesetzes sei unzulässig.
 Reform fordere dann erneut die Einführung des gemeinsamen
 direkten Wahlrechts. Was wäre dem Herrn von Zagow pas-
 siert, fragt der Redner, wenn er für das Recht der freien Mei-
 nungsäußerung bei den Wahlen seitens der Beamten eingetre-
 ten wäre.

Zustizminister Beselez nahm ebenso wie der Minister
 des Innern noch kurz die vom Abg. Hirsch angegriffenen Streit-
 urteile und die Berliner Polizei in Schutz. — Donnerstag 10
 Uhr Fortsetzung. — Schluß 6 Uhr.

Aus dem hess. Landtag.
 Zweite Kammer.

Darmstadt, 14. Jan.
 Die II. Kammer setzte heute vormittag 9.20 Uhr ihre
 Beratungen unter dem Vorsitz des Präsidenten Köhler fort
 und nach der vorläufigen Zurückstellung der dringlichen
 Anfrage Dr. Schmidt, betr. den Müllabfuhrplan für die
 Stadt Wiesbaden in der Nähe von Heidesheim, wurde durch
 den Minister von Homberg die Anfrage des Abg. Adlung
 betr. die Waldankäufe des Herrn von Waldhausen in Mainz
 beraten. Der Minister geht auf die einzelnen, in der Presse
 ausführlich erörterten Verhältnisse und die durch die Ber-
 handlungen jetzt gebesserten Zustände ein und erklärt, daß
 man durch den zwischen dem Herrn von Waldhausen und der
 Kreisbehörde abgeschlossenen Vertrag jetzt das Mögliche er-
 reicht habe.

Abg. Adlung (Soy) hat keine Hoffnung, daß das eigen-
 tümliche Verhalten des Herrn v. W. zu dauerndem Frieden
 führe. Er habe nahezu ein Drittel des ganzen, bei Mainz
 gelegenen, für die Bevölkerung sehr wichtigen und gesund-
 heitsfördernden Waldbestandes aufgekauft und durch die
 Drohungsbewehrung und Verregelung nahezu unballbare Zu-
 stände geschaffen. Die Regierung treffe der erste Vorwurf,
 da sie den Verkauf dieser großen Waldgebiete zugelassen hat.
 Derartige Ankäufe von Seiten Privater müßten in Zukunft
 verhindert werden, wenn man keine gefahrliche Macht dazu
 habe, solle man eine solche schaffen.

Abg. Wolfhan (Zentr.) ist der Ansicht, daß man keine
 Verantwortung habe, an der Volontität des Herrn v. W. zu
 zweifeln, die Wege seien nicht wieder geöffnet und weitere
 Waldankäufe nicht mehr möglich.

Abg. Dr. Wolff-Gonzenheim (Freis.) glaubt, daß man
 sich einer Selbsttäuschung hingebe, wenn man mit der
 Volontät des Herrn v. W. rede. Die Regierung habe fast
 allen Wünschen des Herrn nachgegeben. Die Waldankäufe
 werden im Stillen jetzt noch fortgesetzt.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Wol-
 fhan, Dr. Bach, Adlung und des Ministers des Innern v.
 Homberg, der ausführte, daß man wohl gefällig gegen die
 Aufstellung der Bretternände vorgehen konnte, wenn die
 Verhandlungen nicht zu einem Resultat geführt hätten,
 wird die Aussprache geschlossen.

Es folgt dann durch den Finanzminister Dr. Braun die
 Beantwortung der Anfrage des Abg. Dr. Kuler, betr. den
 Felshaus Winderfeld. Der Minister bezieht sich zunächst auf
 die Veröffentlichungen mit der Darmstädter Zeitung vom
 November und Dezember v. U. und erklärt dabei die von

der Regierung gepflogenen langen Verhandlungen. Als
 Gründe der Verzögerung wird angeführt, daß die Pläne
 durch die Eisenbahn-Gemeinschaft nicht angenommen wor-
 den, daß die Firma Benz & Co. Berlin Pläne eingereicht
 hätte, welche der Kreis Bensheim ablehnt, der Streit
 zwischen den beiden Linien: Rauter- oder Jersbacher und end-
 lich, daß die Firma „Continental“ in Berlin, welche die Vor-
 arbeiten machte, bis jetzt noch nicht an die eigentliche Kon-
 zession zum Bahnbau nachgedacht hat. Inzwischen habe eine
 Verabredung der „Continental“ mit der Frankfurter Af-
 fienarsellschaft stattgefunden, auch diese sei zur Einreichung
 des Konzessionsgesuches bisher ohne Erfolg aufgefordert wor-
 den. Auch der Kreis Bensheim habe sich noch zu äußern, ob
 er mit dem Reichsnachfolger der „Continental“ einverstan-
 den sei.

Abg. Kuler (Zentr.) fügt aus, daß der Grund der An-
 frage in den vielen Klagen liege, welche von der gewerblichen
 Bevölkerung des Rauterhofes kommen und daß deren Ge-
 duldsnummer zu Ende sei. Redner beipflichtet auch die in
 der eingehenden Denkschrift des Bahnbaukomitees enthaltene
 Leidensgeschichte der Bahn und gibt der Hoffnung Ausdruck,
 daß in dem am 21. d. Mts. mit den Interessenten und dem
 Regierungsvorsteher Allan (Oberbaurat) stattfindenden
 Termin endlich ein Resultat erzielt werde. Er widerspricht
 dann den einzelnen Ausführungen der Regierung und weist
 daraufhin, daß der frühere Finanzminister den Kreis Bens-
 heim und die Gemeinde benannt habe, die Bahn auf eigenes
 Risiko zu bauen. Der Kreis und alle Gemeinden haben in
 vollen Maße ihre Schuldigkeit getan und liegt es heute nur
 an der Regierung, wenn die Sache nicht weiterföhre.
 Wenn aber nicht bald etwas geschehe, werden weitere, große
 Nachteile, insbesondere die Verlegung des Ultramarinerkes
 Marienberg nicht zu vermeiden sein. Die Lage habe sich
 immer mehr zu und sei es nötig, daß die Regierung endlich
 energisch einträte.

Abg. Köhler (Zentr.) hat ebenfalls den Eindruck, daß diese
 Leidensgeschichte der Bahn noch kein Ende nehme, da nicht zu
 ersehen sei, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden sollen,
 es sei aber endlich an der Zeit, daß die Regierung, der Kreis,
 die Gemeinden, wie auch die Bahnbau-Gemeinschaft Lösung
 mache.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen verläßt sich der
 Landtag bis Februar.

Parlamentarischer Abend. Der Großherzog nahm an
 dem gestern Abend an dem in den Räumen des Ständes-
 Hauses resp. der II. Kammer stattgehabten „Parlamentari-
 schen Abend“ mit Befolge Teil. Erhielten waren Abge-
 ordnete der Ersten und Zweiten Kammer, Regierungsvor-
 streter aller Abteilungen, sowie die Parlamentsbericht-
 statter, zusammen etwa 140 Personen.

Einleitend hielt der Abgeordnete Geh. Obersekretär Dr.
 Münch einen sehr interessanten Vortrag über die Ver-
 wendung der Glühlampe zum Telefonverkehr auf große Ent-
 fernungen und führte dabei einige wissenschaftliche Filme
 vor. Darnach schloß sich ein Abendessen in den verschiedenen
 Räumen. Der Verlauf war ein sehr animierter.

Tagesübersicht.
 Deutsches Reich.

Die Ausschließung des elsass-lothringischen Landbaus über die
 Äberranz Vorläufe. In der Ausschließung, die am Schluß der
 gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer des elsass-lothringi-
 schen Landtags geföhrt wurde, kam zum Ausdruck, daß die Kam-
 mer mit der Regierung der Ansicht ist, daß die Zollverwal-
 tung in Baden ihre volle Pflicht getan hat und daß es keiner
 Einmischung des Willärs bedürfte. Insofern behauptet die Kam-
 mer, daß die Regierung es an der nötigen Energie hat fehlen
 lassen, um die der elsass-lothringischen Bevölkerung zugesagte
 Beilegung durchzusetzen, um den Schutz der Bürgerhaft zu
 führen. Die Kammer sieht in der Erklärung der Regierung
 keine Gewähr gegen weitere Geschehnisse durch das Mi-
 litär. In der Ausschließung wird weiter der Wunsch der el-
 sass-lothringischen Bevölkerung, die Regelung der Zoll Gewalten
 und eine Reform der Militärgerichtsbarkeit verlangt werden.

Verhandlung des Etats für 1914 in der Subkommmission.
 Die Budgetkommission des Reichstages nahm gestern den Etat
 für 1914 in Beratung. Der Vorsitzende Dr. Spahn gab zunächst
 die Referenden für die einzelnen Etats bekannt, dann begann
 man mit der Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern.
 Hier sind in Tit. 1a für Aufwandserschuldungen an solche
 Familien, von denen drei Söhne ihrer geschlichen weis oder
 dreifährigen Dienstpflicht genügt haben oder noch genügen,
 480 000 Mark vorgesehn. Die Bewandlung, daß der Etats-
 ansatz viel zu niedrig sei, erkannte der Reichstagspräsident an.
 Nach den bisherigen Erhebungen sind etwa 7% Willkürn Markt
 nötig.

Ungarn.

Neue Stürme im Abgeordnetenhause. Die gestrige Sit-
 zung des ungarischen Abgeordnetenhauses gestaltete sich noch
 stürmischer als die vorgestrige. Die Opposition — empfört da-
 über, daß der Immunitätsauspruch den Antrag stellen wird,
 den oppositionellen Abgeordneten einmüßig für 45 Tage und 5
 andere Abgeordnete, darunter den Grafen Miklos Karolyi und
 János v. Jász, für je 15 Tage auszuschießen — rief beartig
 viele Wärmungen hervor, daß der Präsident jähstliche Abge-
 ordnete zur Ordnung rufen mußte. Da die von den Sitzungen
 ausgeschlossenen Abgeordneten die Aufforderung, den Saal zu
 verlassen, unbeachtet stehen, unterbrach der Präsident die Sit-
 zung und gab der Parlamentswache den Befehl, diese Abge-
 ordneten eventuell mit Gewalt hinauszuführen. Als die Wache
 diesem Befehl nachkommen wollte, verließen die ausgeschlos-
 senen Abgeordneten unter stürmischen „Ehm“-Rufen der oppo-
 sitionellen Abgeordneten den Saal.

Vom Balkan.

Die Antwort auf den englischen Jafelortschlag. Die
 Antwort der Dreibundmächte auf den englischen Jafelortschlag
 ist gestern abend dem auswärtigen Amte zugegangen. Das
 auswärtige Amt erhielt von der deutschen, der italienischen
 und österreichischen Botschaft getrennt drei Noten, die jedoch im
 Wortlaut genau übereinstimmen. Wie zu erwarten war, stimmt
 der Dreibund dem Vorschlag Englands an, Griechenland alle
 Inseln zu lassen, die es zu besitzen wünscht. Die Frage der von
 Italien besetzten türkischen Inseln wird vollständig getrennt
 behandelt. Italien erklärt nochmals, daß es die Inseln erst
 dann zurückgeben wird, wenn die Türkei die Bedingungen der
 Lausanner Friedensverträge erfüllt hat.

Mordanschlag auf einen Altären. General Ehrich, zur-
 zeit Chefrektor einer das gegenwärtige türkische Regime be-
 kämpfenden Monatschrift, wurde beim Verlassen seiner Woh-
 nung von einem Unbekannten angegriffen und schwer verletzt.
 Zwei Personen, die Ehrich begleiteten, trugen gleichfalls schwere
 Schußwunden davon. Salih, ein Schwager des Generals, ver-
 folgte den Attentäter und es gelang ihm auch, den Verbrecher
 festzunehmen. Dieser gab noch einen Schuß ab, der einen Die-
 ner traf. Dann schoß Salih und tötete den Attentäter Ismael
 Haffi, einen 35jährigen Jungtürken.

Esoban'sches Stellung zum Prinzip zu Wien. Die Al-
 banische Korrespondenz meldet aus Darago: Esoban'sche er-
 klärt, daß Hassan Bei Priftina, der ehemalige Handelsminister
 der provisorischen Regierung nicht, wie italienische Blätter ge-
 meldet hatten, nicht als sein Beilegter nach Europa gerufen
 worden sei. Esoban'sche will vielmehr, daß er mit der
 Erklärung Hassan Bei lebhaft aus dem Prinzip zu Wien ein-
 verstanden sei, daß er für die Thronbesteigung des Prinzen zu
 Wien eintreten und dessen erste Ankunft in Albanien besü-
 werten werde.

Südafrika.

Die Lage im Südafrikanischen Streitgebiet. Die Lage
 nimmt in Johannesburg von Stunde zu Stunde an Schärfe zu.
 Vorgeföhrt ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen
 Polizei und Streikenden gekommen. Das Hauptquartier der
 Arbeiterorganisation, in dem sich die Führer der Streikbewegung
 wohlbewaffnet vorarrichtet halten, ist von der Polizei un-
 angeht worden, die bereits einmal einen allerdings schlag-
 schlagenen Sturmangriff auf das Gebäude unternommen hat.
 Ein zweiter Angriff ist hinsichtlich zu erwarten. Alle anliegen-
 den Straßen sind abgeperrt worden. Die Büros der Zeitung
 „Star“, die nicht der Föderation angehört, wird von Hunderten
 von Bewaffneten geschützt.

Japan.

100 000 Opfer des Vulkanausbruchs. Die „Sun“ ver-
 öffentlicht ein Telegramm aus Tokio, daß nach den letzten Nach-
 richten, die aus dem Unglücksbezirk von Kagoshima eingetro-
 fen sind, die Zahl der durch den Vulkanausbruch ums Leben
 gekommenen Bewohner beinahe 100 000 erreicht. Der Sakura-
 vulkan ist noch immer in voller Tätigkeit. Die Stadt Kagoshima
 ist fast gänzlich durch die Asche, sowie durch eine nach-
 folgende Futtwelle zerstört. Aus den japanischen Hafenstädten
 sind Dampfer mit Lebensmitteln und Zelten sowie Decken für
 die überlebende Bevölkerung nach dem Schauplatz der Kata-
 strophe abgegangen. Verletzte und Krankenpfleger sind aus den
 nächstgelegenen Militärhospitälern gleichfalls an den Schau-
 platz des Unglücks entsandt worden.

Hopf vor dem Schwurgericht.

S. & S. Frankfurt a. M., 14. Jan.
 (3. Verhandlungstag.)

In der gestern nachmittags teilweise unter Ausschluß der
 Öffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung gegen den Gift-
 mörder Hopf wurden Zeuginnen vernommen, welche über
 die schicksalhaften und mörderischen Neigungen Hopfs Auf-
 schluß gaben und ferner die Vermutung geäußert, daß das
 Kind Karl Richter, das ebenfalls getötet haben soll, kein
 außerordentliches Kind war.

Die nochmals als Zeugin vernommene Mutter der Frau
 Hopf, Frau Schneider, gab Aufschluß über die Krank-
 heit ihrer Tochter. Hopf hatte der Frau gegenüber behauptet,
 die Krankheit rühre von einem verbotenen Sirn her,
 daß die Frau in einem Restaurant gegessen habe; die Frau
 Hopf hat demgegenüber eidlich ausgesagt, daß sie überhaupt
 kein Sirn gegessen habe. Kurz vor dem Tode der Frau
 Hopf trat bei ihr Tuberkulose auf und die Zeugin erklärte
 heute noch der Überzeugung zu sein, daß Hopf ihr Tuberkel-
 losillen beigebracht habe, was er aber entschieden bestritt.
 Dem angehend an Arsenvergiftung gestorbenen Kind will
 er Sperolin, ein russisches Mittel, gegeben haben, das er seit
 dem Tode seines Vaters im Jahre 1895 in Besitz gehabt
 haben will.

Die Zeugin Frau Müll war früher Aufwartefrau bei
 Hopf. Sie hat ihn mehrfach beobachtet, wie er seiner Frau
 in seinem Zimmer etwas in den Tee schüttete, was es aber
 war, vermag sie nicht zu sagen; Hopf selbst behauptet, daß
 sei Zucker oder ein homöopathisches Mittel gewesen. Hopf
 habe ihr gegenüber bestritten, daß seine Frau, seit sie bei
 ihm sei, schlechter aussehe, als früher oder daß sie krank sei.
 Die Zeugin, die früher wegen Verleumdung Hopfs (sie hatte
 ihn der Vernichtung seiner Frau beschuldigt) bestraft worden
 ist, hat die Zeugin Schneider in einem Briefe gemarnt, ihre
 Tochter länger bei Hopf zu lassen, da dieser nichts gutes im
 Schilde führe.

Zeuge Kaufmann S e e g e r, der zweite Mann der ver-
 storbenen Frau des Hopf, bekundet, seine Frau habe früher blühend
 ausgesehen, sei dann aber rapid verfallen. Die Obduktion
 habe solche Mengen von Tuberkelbazillen ergeben, daß die
 Krankenbauärzte erklärt hätten, ein solcher Fall sei ihnen
 noch niemals vorgekommen. Auch im Gehirn des Kindes
 seien solche Bazillen massenhaft gefunden worden.

Der Zeuge Versicherungsbauant S a f e hat die Verleu-

nung für verbundenes Leben für Gopf abgeschlossen, trotzdem Gopf auf die hohen Kosten aufmerksam gemacht worden war. Eisenbahnsekretär Hajunt, ein früherer Nachbar Gopfs aus Niederhöchstadt, hat früher Gopf für einen angenehmen Menschen gehalten, seine Meinung aber inzwischen geändert und hält ihn heute für einen gefährlichen Mann, dessen Frauen stets unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt seien. Gopf habe zu ihm einmal geäußert: Wenn Sie wüßten, was ich für einer bin, würden Sie vor mir aufstehen."

Die Jungin Schamme R u m m habe Gopfs Kind eines Tages tot gefunden, obwohl das Kind vorher gesund, wenn auch etwas schwächlich gewesen war. Gopf hat ihr den Vorwurf gemacht, sie habe ihre Wundheilung auf das Kind übertragen. Für ihre Bemühungen habe sie 50 M. erhalten, davon jedoch nur 25 M. erhalten, und diese nur in Raten.

Genbarmeritoadvokat Baumann befindet, daß in Niederhöchstadt Überfälle gegangen seien, daß Gopfs erste Frau seines natürlichen Todes gestorben sei. Der behandelnde Arzt habe es aber für Weiberfloß erklärt und der Staatsanwaltschaft habe aus diesem Grunde es auch abgelehnt, gegen Gopf einen Haftbefehl zu erlassen.

Der Jungin G e n r i c h s hat Gopf einmal geraten, ihrem kranken Kinde etwas zu geben, das es rasch von seinem Leiden erlösen würde; die Bedenken der Frau wollte er damals beschwichtigen, daß er sagte, es würde nicht bekommen, wenn man ein im Körper nicht nachweisbares Gift verwende. Die Jungin ging darauf ein.

Die benommenten ärztlichen Sachverständigen äußern sich übereinstimmend dahin, daß Frau Gopf früher ganz gesund gewesen sei und daß der körperliche Verfall überraschend schnell kam. Wesentlich Neues boten die Aussagen der Ärzte nicht.

Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Parteinachrichten.

Hestermanns Wahlkreis vom Bauernbund.

Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, ist der Abg. Hestermann aus dem Deutschen Bauernbunde ausgeschieden, nachdem er bei dem Mitbestimmungsabstimmungen in der Abgeordnetenversammlung gegen das Votum gestimmt hatte.

Die liberale Korrespondenz bemerkt dazu: Mit der Trennung vom Bauernbund wird der Abg. Hestermann wohl auch formell die Beziehungen zur Linken lösen wollen. Da der Abg. Hestermann bei den allgemeinen Reichstagswahlen von links behenden Parteien u. a. in hohem Maße von der fortschrittlichen Volkspartei auf Grund bestimmter Erklärungen gegen die Rechte gewählt worden ist, so ist von ihm wohl zu erwarten, daß er nun kein Mandat seinen Wählern zur Verfügung stellt. Es würde ein bedauerliches Zeichen für die politische Seite sein, wenn er an einem Sitz bleibt, den ihm seine Wähler unter anderen Voraussetzungen übertragen.

Die liberale Korrespondenz hat seinerzeit, als der Abg. Dr. Böhm aus dem Bund der Landwirte austrat, und sich dem Liberalismus zuwandte, es für ganz richtig erklärt, daß er sein Mandat nicht niederlegte, trotzdem ihn seine Wähler dazu aufforderten. Und vom Abg. Hestermann verlangt sie das Gegenteil? Auch hier offenbar sich wieder die liberale Doppel Moral: Wer von rechts nach links hinüberwechelt, behält das Vertrauen seiner Wähler und darf sein Mandat behalten, wer von links nach rechts wechelt, muß schleunigst sein Mandat niederlegen. So verlangt es die liberale Korrespondenz. Was den Austritt des Abg. Hestermann aus dem liberalen Bauernbund anbelangt, so war dieser Schritt vorauszu sehen. Wer ein wirklicher Vertreter der Interessen der Bauern, seiner Wähler, sein will, der darf diesem sogenannten Bauernbund nicht angehören.

Aus unserer Bewegung.

Aus dem Kreise Gießen. Einen sehr schönen Erfolg hat der Bund der Landwirte im Kreise Gießen zu verzeichnen. Herr Landwirt G u h m a n n - Oberstadt sprach in mehreren Versammlungen über die politische Lage, und sind innerhalb weniger Tage dem Bund der Landwirte 35 neue Mitglieder beigetreten.

Bereinigte Landwirte.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich unsere Bereinigung am Montag mit dem Verband der Brauereien zu Frankfurt a. M. dahin geeinigt hat, daß der

Preis der Treber auf Mk. 1.60 per Zentner

Brauerei ermäßigt wird. Diese Preisermäßigung kommt nur den Mitgliedern zugute. Der Vertrag ist auf drei Jahre abgeschlossen.

Der Vorstand.

Nachdem die Brauereien in Frankfurt a. M. den Forderungen der Landwirte nachgekommen sind und die Treberpreise ermäßigt haben, laden wir die

Treber-Interessenten von Homburg u. Umg. zu einer Besprechung auf

Samstag den 17. Jan., Nachm. 4 Uhr nach Bad Homburg

in's Brauhaus (Ecke der Elisabethstraße) ein. Namentlich die Ortsgruppen Seulberg, Pommersheim, Oberursel, Oberrhein und Oberröschbach werden ersucht, Vertreter zu entsenden.

Aus der Heimat

* Friedberg, 15. Jan. Heute Nacht wurde in der hiesigen Wirtshaus „Zum Brauhaus“, Besitzer Richard Rupp, eingebrochen. Gestohlen wurden mehrere Uhren, 2 Revolver und an barem Geld etwas über 300 M. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

* Friedberg, 15. Jan. Die Aspiranten, welche uns am Dienstag mit der tadellosen Aufführung von „Studentenlieben“ so genussreiche Stunden bereitet haben, gastieren morgen Freitag, nochmals im Saalbau. Nachmittags um 5 Uhr mit glänzender Ausstattung, „Südwinter“ und die „Fremde“, abends 8 1/2 Uhr gelangt die neu ausgestattete „Eine Million“ zur Vorstellung. Ueber dieses Stück schreibt eine Kasseler Tageszeitung: „Die Aspiranten erzielen auch gestern Abend wieder mit der Aufführung der Ausstattungsstücke „Eine Million“ einen vollen Erfolg. Ein Sonderling botte in seinem Testament die Bestimmung getroffen, daß demjenigen Jünger, der am Tage der Testamentseröffnung erscheint, 20 Jahre alt, und am kleinsten ist, die Erbschaft von einer Million Mark zufällt. Im Bureau des Fräulein Rechtsanwalts fanden sich die Respektanten ein und als es zur Testamentseröffnung kommen sollte, hatte der verlassene Diener Volkmann die Million gestohlen. Daraus große Empörung und Beschluß, dem Dieb nach Amerika zu folgen. In Amerika erzählt sich Volkmann von den kleinen Jüngern und läßt sie zu sich ein. Wegen Ungebühr werden sie auf die Straße gesetzt und von Strohmännern ihrer ganzen Vorherrschaft beraubt. Als Bänkelsänger geben sie durch die Straßen, wobei ihnen der als Regier verkleidete Millionär in die Hände fällt, dem sie dann das geraubte Geld wieder abnehmen. Die unbegreifliche Komik zieht sich durch das ganze Stück und war es wunderbar, wie die Kleinen sich so fest in ihrem Spiel zeigten. Lob verdient Fräulein Worena als Eva Krüßche und ihre Partnerin Fräulein Marjan als Frei Vogel, die als vollendeter Komiker der schönen Künstlerin den Hof machte. Die Krone des Abends gehört aber Herrn Uebel, als alter, edler Bayer. Seine Mimik ist unübertrefflich dröselig und verstand er es, das zahlreichste Publikum immer und immer wieder zu neuen Lachsalben hinzureizen. Volle Parteilichkeit verdienen aber auch alle anderen Mitwirkenden. Die vorgetragenen Gesänge erfreuten und fanden Beifall. Angenehm berührte die elegante Ausstattung der Bühne.

* Hausen (bei Gudbach), 15. Jan. Gestern wurde in Frankfurt der Monteur Wilhelm Klein von hier verhaftet. Er hat in Gemeinschaft mit dem Spenglermeister Peter Thoma aus Alzenau, einer Sängerin einen Brillenschmuck im Werte von 4000 M. gestohlen. Bei den Dieben wurde der Schmuck noch vorgefunden.

* Gießen, 15. Jan. An Stelle des am 1. April aus dem Amte scheidenden Oberbürgermeisters Weum wurde gestern in geheimer Stadtverordnetenversammlung Bürgermeister Keller einstimmig gewählt. Herr Keller ist in Mainz geboren, hat Jurisprudenz studiert und 13 Jahre die Stelle des ersten Beigeordneten unserer Stadt bekleidet. Sein Gehalt wurde auf 10 000 M., steigend bis zu 13 000 M. in 5. Dienstjahre festgesetzt.

* Erlangen, 15. Jan. Ueber das Vermögen des Automobilpiloten Ehrlinghausen - Kistner - Kistner u. G. m. b. H. ist am 12. d. M. das Konkursverfahren eröffnet worden, da eine Ueberzahlung von 100 000 M. und die Ueberzahlung resultierte.

* Vom obersten Vogelsberger, 15. Jan. Die starken Schneefälle, verbunden mit heftigen Stürmen, haben in den jungen Rodewaldungen enormen Schaden angerichtet. Viele, schon starke Nadeln sind durch die Schneelast gelockt, umgestoßen oder entzweit. An der Straße Siegenhausen-Breunersheim mußten Arbeiter die von Nadeln überfüllte Straße aufräumen. Bei Herchenbach ist der Schute an der Straße Rodewald ausgeselbst. Seit einer Reihe von Jahren ist kein so hoher Schnee gefallen als am die Jahreswende.

* Schöten, 15. Jan. In der Nacht zum 14. Januar brannte das „Reinhold'sche Brauhaus“ von Reichenauer infolge eines Dienstfehlers bis auf die Grundmauern nieder. Der Feuerwehrgang es, das schon mehrere Häuserzeilen zwischen der Welterung und der Reussage war der Einschüierung zu bewahren. Einen kleinen Brandschaden erlitt nur das Stallgebäude der „Treber“. Der Schaden ist ganz bedeutend.

* Bergen, 15. Jan. Trotzdem ganze Arbeiterkolonnen täglich mit den Befestigungsarbeiten bei dem Baumstück der Strohenschneeflocke beschäftigt waren, sind deren Arbeiten vergeblich gewesen. Der äußerste südliche Gletscherstrom hat sich derart nach Süden gefenkt, daß Abstrichgefahr der Mähe vorhanden ist. Der Verkehr wurde auf diesem Gletscher für 2 Wochen als gesperrt. Die Bahn wird daher von der Beobachtungsstelle ab bis Endstation Bergen einseitig betrieben, indem hier die Mähe durch eine Verbindungstrasse auf das nördliche Gletscher überlegen. Daß dieser Betrieb recht unangenehm ist, ist erklärlich.

Bestenfalls.

* Hältengieß, 15. Jan. Florer hat an hier wurde zum vierten Male die evangelische Kirchengemeinde Frankfurt-West ernannt. Er tritt sein Amt Anfang Februar an.

* Vom Feldberg, 15. Jan. Am des Jahres am Winterfort unter der Tauungsgang zu beliben, veranstaltet der „Schneeschneeflocke Lammus“ Ende des Monats am Feldberg ein Wettlaufen lediglich für die Jugend.

* Von Homburg, 15. Jan. Im Besitze der Geschwister Balmer befindet sich eine überaus wertvolle und reichhaltige Sammlung von Erinnerungen aus der Geschichte Homburgs, die von den beiden Damen in langen Jahren gesammelt wurde. Die Stadt hat jetzt Unterhandlungen mit den Damen zwecks Erwerbung der Sammlung angeknüpft, damit diese nicht nach auswärts - die Gasse liegt vor - verkauft wird.

Aus Starckenburg.

* Kestrich, 15. Jan. Eine unbekannt weibliche Leiche, die unbekleidet war, wurde gestern bei Kestrich in Main aufgefunden. Sie war sonderbarer Weise nur bekleidet mit einer weißen Bluse, mit blauen Schlips, einem schwarzen Strumpf, einem Schnürschuh, der auch nur vier Knöpfe hatte, und Ohrringen. An der einen Knospe hatte die Leiche mehrere blaue Flecken und wird vermutet, daß sie mit Gewalt den Tod gefunden hat. Sodas wahrscheinlich ein Verbrechen vorliegt. Die Staatsanwaltschaft stellt die weiteren Ermittlungen an. Gerichtliche Leichenschau nach am Montag mit Section folgt.

* Wetzlar, 15. Jan. Die kürzte das dreißigjährige Todterden des Bahnbauingenieur Reichardt in der Küche durch Unvorsichtigkeit in einen Kessel mit kochender Seifenlauge und verbrannte sich daran, daß es bald darauf starb.

* Dautenbach, 15. Jan. Der aus Winterwil in der Schweiz kommende Student Jug, an der Technischen Hochschule dahier wurde gestern früh durch die Polizei unter der Verhinderung festgenommen, aus den Gefäßen und der Garderobe der Hochschule Bücher, Uhren usw. entwendet zu haben. Er bestreitet die diebstahlige Ablicht, gilt aber für überführt.

* Bezirke einwandfreien Saatgut. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse des letzten Jahres hatten zur Folge, daß die Ernte der Getreidearten nicht immer in vollkommen einwandfreier Weise geerntet konnte. Es wird daher in größerem Maße wie sonst der Landwirt gezwungen sein, sich einwandfreies Saatgut zu beschaffen. Die größte Garantie in dieser Beziehung hat der Landwirt, wenn er nur anerkanntes Saatgut sich beschafft. Aber nicht nur bei Getreide, sondern besonders auch bei den Saatpflanzen ist die Auswahl der Bezugsquelle von großer Wichtigkeit. Gerade jetzt, wo die Frage der Sortenreinheit und Sorteneinheit sowie das Auftreten der verschiedensten Krankheiten bei den Saatpflanzen anherordenlich wichtig ist und oft zu unheilbaren Krankheiten für den Landwirt führt, ist die Verwendung von anerkanntem Saatgut in erster Linie in Betracht zu ziehen. Durch dieses wird ihm die höchste Garantie gegeben, welche heute auf diesem Gebiete geleistet werden kann, da die Feldbestände einer Beschädigung unternormen werden und so fest zu stellen ist, ob die Bestände gesund und fortpflanzen sind. Wohl eine der ältesten Organisationen, die sich mit der Saatguterkennung befaßt, ist die der Saatgutstellen der Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen.

Aus aller Welt.

Für 60-70 000 M. Goldwaren gestohlen. Bei einem Einbruch in ein Juwelengeschäft in der Seestraße in Dresden erbeuteten die Diebe für 60-70 000 M. Goldwaren und Juwelen. Die Diebe sind mit ihrer Beute entkommen.

Ein Waler ertrank. Aus Freiberg (Sachsen) wird gemeldet: Am Sonntag nachmittag ist in Hermsdorf bei Nehefeld der fünfmalige Werner Niedmann aus Freiberg neben seiner Stofelke im Walde ertrunken aufgefunden worden.

Neu Ausflügel von Wölfen getroffen. Wie die in Odessa erscheinende russische Zeitung „Odesskiy Kowok“ meldet, wurde in der Nähe von Tschikows-Rosse, unweit Grodnos, eine aus acht Personen bestehende Gesellschaft von einem Rudel Wölfe überfallen und zerrissen. Wölfbäber fanden nach mehreren Tagen einen Berg menschlicher Knochen im Walde. Die Tiere sollen, wie das Blatt weiter meldet, in dieser Gegend in letzter Zeit ungefähr zwanzig Personen überfallen haben.

Ein Hund im Gänsestall. Eine seltsame Ueberraschung erlebte der Landwirt P. Willenbrücker zu Eichenbüsch in seiner Hofreite. Er hörte frühmorgens von seinem Gänsestall: her das äussliche Schreien der Gänsestallwäcker, jedoch er sich genötigt sah, eilhaft dorthin zu laufen. Er kam gerade dazu, wie ein fahrläufiger Hund, der durch ein Loch in der Wand in den Stall einzuwandern war, eben die letzte der vier Gänse zu Tode würde. Der Bauer sofort verstarfte durch die Entfernung und holte einen menschlichen Knochen herbei, der Wölfe herbei durch einen hochgelegenen Baum zu Tode brachte. Kurz vorher hatte das dreifache Hundtier an hellem Tage ein Auhn vom Hofe gehabt.

Unterhaltungen eines Polizeireinigerers. Der Polizeireinigerer Johs. Hann. Winder, eine gesunde und ansehnliche Persönlichkeit, hat in seiner Eigenschaft als Kronenkolonnenverwalter des Borarbes Blume umwagende Unterhaltungen verübt, die mehrere tausend Mark betragen. Winder hat sich bereits nach Ostpreußen begeben und sich dort der Polizeireinigerer zur Verfügung gestellt.

Widerrückung zwischen Aufsichtlicher und Aufsichtlicher. Am 10. d. bei Intense (Oris Wein) wurde zwischen dem Aufsichtlichen Regimentsrat a. D. v. Hofmann und dem Aufsichtlichen Regimentsrat ein Pistolenschuß angetragen. Die Genossenschaft erschien in hüt am Wache. Der Pfeil schloß, der nicht in die Hand traf, hatte seine Ursache in einem Streit um eine Urkunde.

Von einer Primat verhäßt. Auf der Mittelwalder Wahn ging eine Schneelawine nieder, wodurch eine Arbeitergruppe verhaftet wurde. Einer wurde getötet, der andere konnte nach mehrmaligem Bemühen wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Frankfurter Wetterbericht.

Vorausgabe: Noch vorwiegend heiter und trocken, Frost öftliche Winde.

Verantwortlich f. d. Schriftleitung: Otto Friedrich Friedberg; für den Anzeigenteil: Karl Schmitz, Friedberg i. D. Druck u. Verlag: „Neues Tageszeitung“ H. G. Friedberg i. D.

Gedenktage.

1. Januar, 1791 Fr. Grillparzer, Dichter, geb. — 1818
Hil. Becker, Dichter des Rheinlandes, geb. — 1871 (15.
bis 17.) General Weders Stage.

Wort des Reichshauptlers v. Bethmann-Holweg im pre-Balkan-Herrenhaute.

Meine Herren! Der Herr Graf Jork von Wartenburg hat mit verebten Worten die Rechte Preußens im Reich ver-
treten und der lobhafte Beifall, der ihm hierbei gezollt wor-
den ist, zeigt von wie starken Empfindungen die Ueber-
zeugung getragen wird, daß die führende Rolle, die Preußen
bei der Gründung des Reiches gespielt hat, fortwirken müsse
in gelauten weiteren Leben des Reiches. Der preußische
Kaiserpräsident kann den deutschen Reichskönig nicht vor
der Thüre stehen lassen. Als erster Vertreter des Königs von
Preußen und des deutschen Volkes erblinnet er die Be-
ziehungen der Reichspolitik zur preußischen Politik mit der-
maßen Intensität, mit welcher die Sache des einen Teils so
unmittelbar und mit so großem Nachdruck geführt wird, wie
es es haben vom Herrn Grafen Jork von Wartenburg ge-
schehen haben. Das Verhältnis Preußens zum Reich, seine
politische Bestimmung, das Maß der gegenseitigen Einwirkun-
gen, der unerwünschten Rückwirkungen nach beiden Seiten,
das sind Fragen, mit denen wir es zu tun haben, so lange
das Reich besteht.

Meine Herren! Sie erinnern sich, wie gleich am An-
fang zur Zeit der Begründung des Norddeutschen Bundes
und später des Deutschen Reiches die Verfassung bestand,
daß der führende Staat im Reiche den Ueberblick seiner
Macht im unparteiischen und zentralistischen Sinne ausüben
müsse. Die Verfassung ist grundlos gewesen. Die Wahr-
nehmung, daß der mächtigste Staat im Reiche die Schwachen
niemals überschreitet, die sein Monarch, und die seine
Staatsräthe auf der Höhe der politischen und militäri-
schen Gefährdung in weiser Mäßigkeit sich selbst gelehrt haben,
die je länger je härter sich festsetzende Ueberzeugung, daß die
Rechte und Befugnisse der ihm von nun an verbündeten
Staaten von Preußen unter größter Berücksichtigung ihrer
Eigentümlichkeiten unter weisester Leitung Auslegung streit-
iger Punkte unangefastet gelassen wurden, alles das hat do-
hin geführt, daß die Dynastien in Deutschland eine so feste
Stütze des Einheitsgedankens geworden sind und daß heute
Preußen noch stets und gerade in den schwierigsten Situa-
tionen im Bundesrat eine bereitwillige Unterstützung ge-
währt hat, die ihm keine führende Aufgabe in dankens-
werter Weise ersichtliche. Die Ihnen vorliegende Resolu-
tion steht ja auch nicht von dort her die Gefahr einer Ver-
tümmerung der Stellung, die Preußen nach seiner Geschichte
und seiner Bedeutung hat. Sie glaubt im Gegenteil in der
künftigen Entwicklung des Reiches einen unparteiischen
Sinn zu erkennen, der die Stellung aller Einzelstaaten und
damit Preußens bedrückt.

Meine Herren! Auch das sind alle Sorgen und Befürch-
tungen. (Aufe: Nein!) Ja, meine Herren, Sie wider-
sprechen; ich komme noch darauf zurück. Denken Sie daran,
wie oft und wie leidenschaftlich feinerzeit Fürst Bismarck sich
über diese Krone ausgesprochen hat, auch in dem entscheu-

gerten Sinne, je nachdem die Gefahren von der einen oder
anderen Seite ihm größer erschienen. Bald, meine Herren,
hat Fürst Bismarck scharfe Worte gegen den Partikularis-
mus, auch gegen den preußischen Partikularismus gebraucht,
bald und namentlich gegen das Ende seines Lebens hat er die
Selbstständigkeit der Einzelstaaten, hat er ihre Berechtigung,
hat ihre Pflicht zur Kritik an dem Gange der Reichspolitik
in den Vordergrund gehoben. (Sehr richtig.)

Wir Deutschen haben das Reich dem preußischen Staat
zu verdanken. Das stand damals jedem Deutschen klar vor
Augen. Mit der durch die spätere bewährte Sicherheit un-
seres nationalen Gemeinbewußtseins sind die Erinnerungen an
die nationalen Kampfsahre in den Hintergrund getreten
gegen die materiellen Interessen der Gegenwart. Wir sind
dahin gekommen, daß die Parteien vielfach von wirtschaft-
lichen und sonstigen Interessengemeinschaften sich leiten
lassen und daß sie die Vertretung der staatlichen Interessen
der Regierung überlassen. Denken Sie, meine Herren, an
die sechziger Jahre, so finden Sie im Reiche und in Preußen
trotz der Verschiedenheit des Wahlrechts Parlamente, die in
ihrer inneren Struktur nicht allzumeist von einander ab-
weichen. Das ist bald anders geworden. Schon im Anfang
der achtziger Jahre erhob Treitschke seine Stimme und wies
auf die Schwächen und Gefahren hin, welche drohten,
wenn die beiden mächtigsten repräsentativen Körper des Reiches
von verschiedenen Seiten befehlet werden. Die Entwicklung
der Verhältnisse hat diese Disparität der parlamentarischen
Rufstände im Reich und in Preußen immer mehr vergrößert.
Die Stellung der Regierung, die mit beiden Parlamenten zu
arbeiten hat, ist damit eine immer schwieriger geworden.
Der fortgeschrittene Liberalismus will beinahe das Pro-
blem damit lösen, daß die parlamentarischen Rufstände in
Preußen jenen im Reich gleich gemacht werden. Das ist ein
ungangbarer Weg. (Lebhafter Beifall.) Die innere Struk-
tur Preußens wird von der des Reiches immer verschieden
sein und bleiben müssen. (Sehr richtig!) Die auf die
breite Volksmasse gestellte Entwicklung im Reiche bedarf
des preußischen Staates, der, aufgebaut auf ein festes mili-
tärisches Fundament und auf eine unerschütterliche Zusammen-
schlossenheit des gesamten Volkes mit der Monarchie, für alle
Bedürfnisse den nötigen und starken Rückhalt bietet. Dieser
geschichtliche Beruf Preußens ist auch heute und er ist auch
in Jahrzehnten nicht überlebt und kein preußischer Staats-
mann wird sich bereit finden, ihn den Anforderungen demo-
kratischer Tendenzen aufzugeben. (Lebhafter Beifall.)

Ich will diesen Gedanken nicht bis ins einzelne hin
verfolgen; ich muß ohnehin um Entschuldigung bitten, daß
ich in historische Erörterungen geraten bin. Die auf wissen-
schaftliche und staatsrechtliche Erörterungen gestellten An-
forderungen des Herrn Grafen Jork von Wartenburg haben
mich wider Willen auf dieses Gebiet gelehrt. Wenn ich nun
zu den praktischen Ausführungen des Grafen Jork über-
gehe, so spricht die Resolution die Befürchtung und den Vor-
wurf aus, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse im Reiche zu
ungunsten der Einzelstaaten verfallen worden seien. Ueber
die Steuererhöhung des Reiches im vergangenen Jahre
hat Graf Jork sich nur obiter geäußert. Er hat dabei aus-
gesprochen, daß bei jener Gelegenheit die verbündeten Regie-
rungen eine Kompensation einbringen seien. (Sehr rich-

tig!) Dieser Ausdruck findet die Zustimmung des hohen
Hause. (Sehr richtig!)

In den Ausführungen des Grafen Jork von War-
tenburg, auf die ich jetzt eingehen will, hat eine große Rolle ge-
spielt die Intentionen, die der Reichstag seinerseits gehabt
hat. Graf Jork hat von Resolutionen gesprochen, die anläß-
lich der Wehrvorlage im vorigen Jahre vom Reichstage be-
schlossen worden sind, und er hat dabei getadelt, daß vor
freiten des damaligen Kriegsministers entgegenkommende Er-
klärungen abgegeben worden wären. Aber ich kann Sie
gegen die verbündeten Regierungen gerichteten Vorwürfe
nur gelten lassen, insofern die verbündeten Regierungen
auch derartige Resolutionen tatsächlich veranlaßt haben, und
in dieser Beziehung habe ich Beweise in der Rede des Grafen
Jork vermist. Graf Jork von Wartenburg hat die elsaß-
lothringische Verfassung berührt. Ich weiß, daß mir des-
wegen zahlreiche und schwere Vorwürfe gemacht werden.
Ich will auf die Ermagungen, welche mich zu der Ueber-
zeugung geführt haben, daß die damalige Verfassung rich-
tig gewesen ist, hier nicht noch einmal eingehen. Ich habe
mich darüber im Reichstage und auch im Abgeordnetenhaus
feinerzeit ausführlich ausgesprochen. Es kann sich doch nur
darum handeln, inwiefern durch die elsaß-lothringische Ver-
fassung Rechte der Einzelstaaten erschüttert worden sind. Un-
gewissheit nicht durch die Einsetzung der ersten Kammer
und auch nicht durch das Wahlrecht zur zweiten Kammer,
trotz aber, davon hat Graf Jork gesprochen, durch die Ver-
teilung von Bundesratsstimmen an die Reichsländer. Das
Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten ist dadurch
indirekt nicht berührt worden. Es handelt sich nur um eine
Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Bundes-
staaten. (Zuruf: Preußens zu den anderen Bundesregie-
rungen!) Nun gebe ich gewiß zu, eine solche Verschiebung
hat durch die elsaß-lothringische Bundesratsstimmen tat-
sächlich Platz gegriffen, und zwar zu ungunsten Preußens.
(Hört, hört!) Sowohl, meine Herren, und ich gebe weiter
zu, und Stimme dem Grafen Jork vollkommen bei, daß die
Bestimmung, daß die elsaß-lothringischen Stimmen nur ge-
ählt werden sollen, wenn sie gegen Preußen abgegeben wer-
den, das preußische Gefühl verstimmen müßte. (Lebhafter
Sehr richtig!) Aber, meine Herren, ich bitte Sie doch zu
bedenken, daß es ein und dieselbe Person ist, der König von
Preußen und der Deutsche Kaiser, der sowohl die reichs-
ständischen wie die preußischen Stimmen instruiert, und daß,
wenn die beiden Stimmen einmal im entgegengelegten Sinn
abgegeben werden sollten, es sich immer nur um Fälle han-
delt, in denen der König von Preußen und der Deutsche
Kaiser einen Dissens zwischen beiden Stimmen mit dem
staatlichen Interesse vereinbar erachtet.

Die feinen rasierten Tees aus Britisch Indien haben den mehr
und mehr Beachtung. Von der bekannten, überall eingeführten
Marke

MESSMER'S TEE

and London Tee u. Englische Mischung à M. 266
bezw. M. 320 das Pfd. zum größten Teil die beiden Ceylon
Indian à M. 280 bezw. M. 350 das P. Ist ausschließlich
mit Britisch Indische Tees zusammengesetzt. Sie sehen
deshalb Liebhabern von Kräutern und im Ge rauh sparsamen
Sorten besonders empfohlen.

Ich lasse Dich nicht.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.
(Fortsetzung.)

117 Maria Petrovna hatte sofort an ihre Tochter geschrie-
ben und den Sonjas Brief und die Aufzeichnungen ihrer
Mutter geschickt.

Sie hatte ihr mitgeteilt, daß Sonja ihr alle Papiere
und Dokumente ausgeliefert hatte, und daß diese Papiere
unstreitig bewiesen, daß Sonja wirklich Alexanders Tochter
sei, was ja auch außerdem durch Sonjas Familienähnlichkeit
bestätigt würde.

Sie teilte ihr auch mit, daß Nikita Arganoff Sonja
liebe und sie zur Gattin begehrte, und daß er auf dem Wege
sei, sie zurückzubolen.

Zum Schluß fügte sie noch hinzu:

Durch Sonjas Austausch geht natürlich Deinen Söh-
nen ein Teil ihres Erbes verloren; aber das können sie ver-
schmerzen. Ich weiß, Ihr seid großherzig genug, Euch trotz-
dem herzlich mit mir zu freuen, daß Soloha uns eine Tochter
hinterlassen hat. Wohin wird mich um so lieber die Würzung
des Erbes tragen, als von seinem Ueberflusse Nikita etwas
zugute kommen wird. Wir werden uns freudig über alles
freuen. Ich denke, es bleibt dabei, daß Michael Schloß
Koslow, Dimitri das Petersburger Palais bekommt. Da-
für werde ich Sonja aus meinem Vermögen soviel Kapital
zur Verfügung stellen, daß ihr künftiger Gatte kein Stimm-
recht neu anbauen und ausfallen kann. Außerdem soll
Sonja das Gut Koslow erhalten. Die übrigen Bestimmungen
werden unter Deine Söhne und Sonja geteilt, ebenso alles
Vorvermögen. Ich denke, daß wir uns so ohne Streit einig
werden. Jedochfalls bitte ich umgehend um Eure An-
wort, ob Ihr gewillt seid, Sonja anzuerkennen. Vor der
Öffentlichkeit werden wir nur besorgt geben, daß Sonja
sich vor ihrem Tode nach heimlich mit Elisa Selbig ver-
einigt hat, und daß wir seine Tochter anerkennen

Ich hoffe, mit meinen Vorschlägen Euch und auch Sonja
gerecht geworden zu sein."

Auf diesen Brief traf umgehend ein Telegramm Tat-
janas ein.

"Liebe, teure Mama! Wie glücklich bin ich mit Dir.
Sonja und allen herzlich willkommen. Mit allen Vor-
schlüssen einverstanden. Brief folgt sofort."

Sonja war inzwischen wohlbehalten im Doktorhäuschen
eingetroffen und lieh sich ankommen lassen.

Dank Ernst und seine Mutter hatten sich vorausge-
sehen, daß Sonja so handeln würde, wie sie es getan. Sie
tadelten ihr Verhalten so wenig als sie es lobten, weil sie
es eben selbstverständlich fanden. Aber sie waren nicht so feil
wie Sonja davon überzeugt, daß damit die Anglegenheit
endgültig erledigt war. Im Gegenteil erwarteten sie es als
selbstverständlich, daß die Fürstin doch in irgend einer Weise
dezu Stellung nehmen mußte.

Sie lauchten aber Sonja vorläufig nichts von dieser An-
sicht. Das junge Mädchen war noch so erregt und aus dem
Weidwunde durch das, was sie an ihrem zwanzierten Ge-
burtstage erfahren hatte, daß man sie vor jeder neuen Er-
regung behüten wollte.

Dank Ernst logte nur in seiner ruhigen Weise:

"Nimm Dich nur vor einem allzu raschen Urteile, meine
liebe Sonja. Du weißt doch gar nicht, ob Deine Groß-
mutter wirklich so herzlich gewesen ist, als Du annimmst.
Wir wissen nur, daß Dein Großvater seiner Ehre ein fast
übermenschliches Opfer gebracht. Und daß Du nicht bisher
die Fürstin als eine gütige Frau kennen gelernt? Vergiß
auch nicht, daß selbst Dein Vater immer davon überzeugt
war, daß seine Eltern nicht anders handeln konnten. Du
mein liebes Kind, hast soviel Rücksicht und Verständnis für
den Fehler Deines Vaters gezeigt, werde nun auch seinen
Eltern gerecht. Denk an den Selbstpruch Deiner lieben El-
tern, den Deine Mutter Dir eingeprägt hat: Alles verstehen,
in alles vergehen."

Diese Worte blieben nicht ohne Eindruck auf Sonja.
Sie schloß des Anfalls Hand.

"Ach Du — Du bist so gut, so ausgeglichener und ruhig
Ich bin das alles nicht. In mir kimmert alles noch so wild
und unruhig, was ich erfahren habe. Wenn Du würdest,
wie es in mir ausseh in der Nacht, die meinem Geburtstage
folgte. Und auch jetzt kann ich meine Blicke nicht von
den von der Tragik des Schicksals meines Vaters. Bedenke doch
nur, wie er gelitten haben mag! Du kennst nicht den
Glanz, den Reichum, der dort herrschte, wo er nach Geburt
und Nach hingebte. Und das alles hat er lassen müssen,
hat ein Leben führen müssen, für das sich wahrlich einlich die
Palastien im Palais Koslow bedanken müßten. Ach — mein
armer Vater, meine herrliche Mutter! Ich werde viel Heil
brauchen, um über das alles ruhig denken zu lernen. Soll
nur Geduld mit mir, Dank Ernst."

Er brich ihr wiederlich über das Haar.
"Du wirst Dich wiederfinden, Kind, und dann wirst Du
milder urteilen, auch über das, was Du nicht verstehst."

Am nächsten Tage kam Sonja von einem Spaziergange
nach Hause. Sie war am Seeufer entlang gegangen und
hatte hinend auf die Wasserfläche gesehen.

Er hat doch ein Opfer herausgegeben, der See. Mit
leidiger war er, als die Wellen, dachte sie, und ihre Augen
flohen hinüber nach der anderen Seite, wo durch die Licht
erworbene Räume das weiße Marmorbild der Vornbergs
sah schmerzte.

In Gedanken verlor sie sich beimgesetzt.
Die Hochstange öffnete ihr selbst die Tür. Sie sah er-
regt aus und die Augenlider waren gerötet, als hätte sie
Tränen vergossen.

"Was ist Dir, Großmutter? Du hast wohl gar ge-
meint?" fragte sie, zärtlich die alte Dame umschauend

(Fortsetzung folgt)

Also, meine Herren, so außerordentlich bedeutsam wie die tatsächliche Verdrängung der Reichsverhältnisse innerhalb des Bundesrats zwischen Preußen und den Bundesstaaten ist nicht diese Bestimmung doch nicht zu sein. Aber ich erlaube mir doch einmal zu sagen, daß die Verdrängung der preussischen Verhältnisse in der Tat. (Sehr richtig)

Meine Herren, was die Interpellationen gefälligenfalls anlangt, so handelt es sich dabei — ich habe darüber wiederholt im Reichstag gesprochen — um einen einheitlichen Akt der Revision der Geschäftsordnung des Reichstages. Der auf diese Beschlüsse ist ohne Mitwirkung des Bundesrats der Reichsbank. Da diese Beschlüsse, die an Interpellationen geknüpft worden, keinesfalls staatsrechtliche Bedeutung haben, auch das habe ich immer wieder im Reichstag ausdrücklich erklären lassen und meine Herren, ich glaube, daß ich diese meine Ansicht auch in den letzten Tagen wiederholt habe. Diese Beschlüsse, die an Interpellationen geknüpft wurden, beehren in nichts weiter wie die Kontinuität einer Regierungsgewalt, die im Reichstag und dem Reichsrat in einem einzelnen Akt, wenn auch bei Herr Graf Hatzfeld auch noch die Abstimmungskommission.

Das darf man sich denken, daß diese Abstimmungskommission keine Kommission des Reichstages oder der Reichsrats ist, sondern eine Kommission, die der Reichsrat einzusetzt hat zu seiner Kommission über die verschiedenen ministeriellen Beschlüsse auf dem Gebiet der Abstimmungskommissionen. Die Kommission, meine Herren, setzt sich zusammen aus einem Reichsrat und 42 Mitgliedern, abgesehen von den Kommissaren der Reichsregierung, und von diesen 42 Mitgliedern sind 10 Mitglieder, die der Reichsrat bestimmt auf Vorschlag der Fraktionen des Reichstages. Es ist selbstverständlich, meine Herren, daß diese Kommission ein Kontrollrecht über die Normalität in seiner Arbeit besitzt. (Sehr richtig) Aber, meine Herren, es ist mir nicht zweifelhaft, daß die Kritik über diese Kommission, die der Reichsrat lediglich in seiner Eigenschaft als solcher und nicht als Bundesratskollegium hat, nicht zulässig ist. Meine Herren! Man ist die Macht und die Stellung der Staatsregierung gegenüber dem Reichstag nicht zu unterschätzen, als zu Anfang der letzten Jahre? Nun, meine Herren, im Jahre 1873 ist in Preußen auf Antrag des Reichstages durch das Reichspräsidentenamt eine Kommission eingesetzt worden zur Untersuchung der Zustände des Eisenbahnangelegenheiten, welches damals großes Aufsehen erregte. Diese Kommission bestand aus einem Beamten als Vorsitzenden, 4 weiteren Beamten und von je 2 von den beiden Häusern des Reichstages gewählten Abgeordneten, und die Kommission war sehr weitgehende Befugnisse zuerkannt, als es jetzt bei der Abstimmungskommission der Fall ist. Eine Kommission auf Grund des Artikels 82 der preussischen Verfassung war diese Kommission nicht.

Meine Herren! Ich werde ebenso wie Herr Graf Hatzfeld über Preußen nicht sprechen. Nicht wird auch dort Recht bleiben, ebenso wie überall im deutschen Reich, aber eines möchte ich bei dieser Gelegenheit doch sagen: In den letzten Wochen ist es mir eine hohe Genugtuung gewesen, zu sehen, wie das ganze preussische Volk aus Herz und Hand wird, wenn an der Ehre der Armee gerührt wird. (Sehr richtig) Dann sind auch die alte Norddeutsche Worte. Ich fühle das noch täglich durch unzählige Rückfragen, die ich aus allen Ständen vornehmlich von einfachen Leuten, erhalte. Das preussische Volk steht eben in seiner Armee, die Verfassung seiner Macht und seiner Stärke, die Stärke Stille für Ordnung und Recht: dieses Volk, geführt von seinem König, in der Lage zu sein, alle Angriffe, es nicht werden zu lassen an einem Parlamentarismus, von dem der Herr Graf Hatzfeld soeben gesprochen hat, das ist der leidenschaftliche Wunsch jedes preussischen Mannes, und ich sehe es als eine Hauptaufgabe an, die Unversehrtheit dieses Volkstums unter königlicher Führung aufrecht zu erhalten gegen jeden Angriff.

Meine Herren! Was mir unserer Armee in der Vergangenheit zu verdanken haben, das brauche ich hier nicht anzudeuten, aber keiner würde die Verantwortung dafür tragen können, daß er an der Organisation dieses preussischen Heeres auch nur einen Teil mitmachen will, weil dieses Heer der Stütze der Macht und Stärke Preußens und Deutschlands ist.

Sollen Sie mich zum Schluß an den Ausgang meiner Bemerkungen anknüpfen. Der Herr Reichsrat, den es bei der Revision des Reiches zu erfüllen beisteht, ist nicht abgeschlossen. Die Aufgabe Preußens im Reich ist mit den Jahren nicht leichter, sondern schwerer geworden. (Sehr richtig) Wollte Preußen auf diesen seinen schicksalhaften Beruf verzichten, so läge darin ein Verzicht nicht etwa auf ein materieller Vorteil, sondern eine Verzichtleistung seiner eigenen gegen das Reich. Nicht um preussischen Partikularismus zu vertreten, ist die Preussische Reichsregierung entstanden worden, sondern um in den Schicksalen des Reiches die ganze Kraft des Staatsgedankens zum Ausdruck zu bringen, den Preußen verkörpert. Dieses Preussentum muß unter allen Umständen hoch und unversiebt gehalten werden, nicht gegen das Reich, sondern für das Reich. (Bravo) Demnach erzählt davon, daß König Wilhelm I., allerdings in einem anderen Zusammenhang, bei der schicksalhaften Episode im vorwurfslos auftrat habe: „Sind

Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ Die Frage kommt mir unwillkürlich in den Sinn, wenn Sie mich fragen: „Sind Sie nicht auch ein Preusse?“ Aus der Beschreibung beider Gebieten ist das deutsche Reich erwachsen, und es wird fruchtig bleiben, wenn wir insgesamt zu jeder Zeit beide Fronten mit einem überzeugten „Ja!“ beantworten. (Lebhafter Beifall)

Aus dem hess. Landtag.

Zweite Kammer.

Darmstadt, 13. Januar.

Die II. Kammer wurde heute vormittag 10½ Uhr durch den Präsidenten Köhler mit einem Willkommengruß zum neuen Jahre eröffnet und dann zunächst der neu in die Kammer eingetretene Abgeordnete Oberamtsrichter Wänyer vereidigt.

Hg. Wälsham (Zentr.) fragt an, warum die von einigen Wänyer Abgeordneten an die Regierung gestellte Anfrage nicht auf der Tagesordnung steht und erklärt sich auf eine Anfrage des Präsidenten, die Regierung bereit, die Anfrage am Mittwoch zu erledigen.

Zu dem Antrage des Hg. Raab und Genossen, betr. die Reichsversicherungsordnung und den Beihilgen, betr. die Errichtung von Landfrankenstellen, hat der Ausschuss Ablehnung beantragt.

Hg. Ansohl (Soz.) erklärt hierzu, daß der Antrag seiner Genossen jetzt durch die Gründung der Landfrankenstellen überholt sei, nicht aber längere Ausführungen über die gemeinsame Stellung, welche seine Parteigenossen zu der Angelegenheit annehmen. Andere hessische Staaten seien gegen die Einführung gewesen. Nach seiner Auffassung bringen die Landfrankenstellen viele Mängel und Nachteile aller Art. Es sei gar nicht möglich, einzelne Arbeiterkategorien in der Landfrankenstelle unterzubringen. Die jetzige staatliche Einrichtung werde durch ihre breitere Ausdehnung nicht mehr so scharf kontrolliert werden können und dadurch vermehrte Kosten verursachen. Man sollte auch beachten, daß die Aufwendungen einzelner Städte außerordentlich hoch waren, sodas die kleineren Kosten nun im Nachteil sind. Man hätte die städtischen und die ländlichen Kosten für sich zusammenfassen sollen.

Ministerialrat Schliephake erklärt die Stellungnahme der Regierung, wie sie schon im Ausschussbericht niedergelegt ist. Er widerlegt die Ausführungen des Hg. Ansohl und stellt fest, daß die neue Einrichtung eine vorteilhafte Zentralisation gebracht hat. Sollten sich die Landfrankenstellen nicht bewähren, so könne man immer noch Änderungen eintreten lassen.

Hg. Koppel (Freil.) führt aus, daß die Anträge der Sozialdemokratie durch die Freigabe überholt sind, kann es jedoch nicht unterlassen, nochmals eingehend auf die Angelegenheit näher einzugehen, wobei er der Regierung vorwirft, daß sie bei der Regelung der Frage mit Vorzugsanerkennung gegen die Sozialdemokratie gehandelt habe.

Hg. Dorich (Vbd.) weist darauf hin, daß die bisherige Gemeindefrankenversicherung in der Hauptsache mangelhaft von den Bürgermeistern geleitet worden sei, und hat die Verfassung, daß die neue Einrichtung vermehrte Kosten verursache. Auf den Einwurf, daß namentlich auch den Wänyern eine Beihilfe geleistet werde, erklärt der Redner unter Heiterkeit des Hauses, daß er als Junggeheile darüber nicht hinreichend orientiert sei.

Die Abgeordneten Wänyer (Soz.), Ansohl (Soz.) und Gihner (Soz.) brechen sich dann gegen die Neueinrichtung aus, worauf Präsident Köhler sich gegen den sozialdemokratischen Vorwurf verwahrt, daß die Angelegenheit verdrängt worden sei.

Hg. Hand (Vbd.) stellt fest, daß die stete Verbreitung der neuen Einrichtung der beste Beweis für deren Güte sei.

Hg. Stöpler (Natl.) ist ebenfalls der Meinung, daß man den Gang der Dinge einmal abwarten solle. Das Gute werde sich schon von selbst brechen.

Hg. Senfelder (Vbd.) glaubt, daß man bei praktischer Einrichtung die Verwaltung nicht verlieren.

Hg. Wolf (Vbd.) warnt davor, die soziale Fürsorge auf Kosten des Mittelstandes noch weiter auszubehnen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Raab (Soz.), Dorich (Vbd.), Koppel (Freil.) wird der Ausschussantrag angenommen und die Sitzung auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Zweif vor dem Schmirgericht.

Zweiter Verhandlungstag. — Nachmittags-Sitzung.

Frankfurt a. M., 13. Januar.

Die als Zeugin vernommene Stiefmutter der ersten Frau des Angeklagten, Frau Genel, bekundet, daß ihre Tochter früher sehr gesund gewesen sei; das Verhältnis Hopps zu seiner Frau sei anscheinend ein gutes gewesen, sie glaube aber nicht, daß es lets so gewesen sei, wenn Hopps habe sich stets in mäßigen finanziellen Verhältnissen befunden, Hopps habe ihre erkrankte Tochter selbst gepflegt und diese habe keine Sorgfalt auch anerkannt. Er habe seiner Frau auch selbst Arzenei gegeben, die er in seinen Altargläschen hielt an das Bett der Frau stellte. Die Zeugin bekundet weiter, sie habe sich über den Gichtkrampf Hopps keine Gedanken gemacht, weil sie glaubte die Väterin brauche Hopps zu seinen Handlungen. Daß ihre Tochter Arsenik als Schönheitsmittel genommen habe, erühne sie nicht, weil die Frau keineswegs eitel war. Hopps hielt demgegenüber dabei, daß seine Frau Arsenik als Schönheitsmittel gebraucht hätte, was die Zeugin entschieden bestritt und als Lüge bezeichnet.

Eine Zeugin Frau Grifff aus Niederhessstadt erklärt, Hopps habe nie selbst geschrien, so öfter einen Griesbeel, den er selber seiner Frau ansetzen habe.

Die Zeugin Feld erklärt, die Verhältnisse des Hopps leter oft direkt ärmliche gewesen.

Die Zeugin Hader bekundet, sie habe bei der Eröffnung der Frau Hopps gleich den Gedanken gehabt, daß die Sohle nicht mit rechten Dingen zugehe. Der Mutter der zweiten Frau des Hopps habe sie vor der Heirat Warnungen zukommen lassen, doch seien dieselben als Reid wegen der guten Partie ausgelegt worden, welche ihre Tochter durch die Verheiratung mit Hopps mache.

Der Zeuge prakt. Arzt Dr. Wehler hat als Vertrauensarzt der Versicherungsgesellschaft „Allos“ Hopps und seine Frau untersucht und beide vollkommen gesund befunden. Er sei daher ganz konsterniert gewesen, als die Frau acht Monate später starb. Eine Erklärung für diesen unerwarteten Tod wisse er nicht, es gebe dafür gar keine. Daß die Frau Hopps Selbstmittel benutzte, glaubt der Zeuge nicht, sie habe sich auch gar nicht nötig gefühlt.

Der Zeuge und Sachverständige Dr. Pfortmann behandelt die Frau an einem angeblichen Magenleiden, das sie nach dem Genuß einer Hummermagenaale eingeht haben sollte. Als er sich die eigentümlichen Krankheitserscheinungen nicht erklären konnte, habe er einen zweiten Arzt zugezogen, doch starb die Frau während einer Magenentleerung. Hopps habe die Obduktion gestattet, wobei sich ein ausgebrochenes Darmgeschwür ergab. Hopps wolle später einen Artikel gegen den Arzt veröffentlicht, obwohl er mit ihm freundschaftlich verkehrt, angeblich, weil der Arzt ungünstige Gerüchte über ihn im Umlauf gesetzt habe, was, wie er jetzt wisse, aber unrichtig war. Der Zeuge gibt die Möglichkeit, daß es sich bei der Frau Hopps um eine Arsenitvergiftung gehandelt habe, zu; die Frau habe sich bis zu achtigmal am Tage erbrechen müssen, er habe aber an eine natürliche Erctronung gedacht.

Der Kaufmann Spengler kennt Hopps von Niederhessstadt her. Die Erkrankung der Frau Hopps und deren bedrücktes Wesen hätten ihm, wie er angibt, eigenartig berührt, weil er sich erinnere, daß Hopps ihm einmal gelegt habe, er löwe ihn Gift verschaffen, das keine Spuren im Körper hinterlasse; er habe sich damals nichts weiter dabei gedacht, weil er meinte, das könne sich auf einen Hund beziehen, erst später sei er richtig geworden. Hopps bemerkt hierzu, seine Aussage habe ganz anders gelaute.

Der Vater der zweiten Frau Hopps, der Kaufmann Schneider aus Frankfurt, sagt aus, er sei von Anfang an gegen die Ehe seiner Tochter mit Hopps gewesen, schon wegen des großen Altersunterschiedes; Hopps habe aber gedröhrt, er werde etwas tun, worüber sich ganz Frankfurt aufregen werde. Nach ihrer Verheiratung habe seine Tochter zu krameln begonnen, nachdem ihr Mann eine Lebensversicherung abgeschlossen hatte. Gegen eine Ueberführung seiner erkrankten Frau ins Elternhaus habe sich Hopps nicht gelassen. Der Angeklagte habe die Frau während ihrer Krankheit weder besucht noch an sie geschrieben. Sowie die Frau wieder zu ihrem Mann zurückgekehrt war, erkrankte sie lediglich wieder. Nach das von ihr im Jahre 1906 geborene Kind, das zwar nicht krankenmäßig, jedoch normal war, habe schon nach wenigen Wochen. Der Zeuge hat nach der neuerlichen Erkrankung seiner Tochter dem Hopps direkt ins Gesicht gesagt, daß er eine Frau vergiften wolle, wenn ihm Gift beigebracht habe, es gingen auch solche Gerüchte in Niederhessstadt. Der Angeklagte sei darüber sehr aufgeregt gewesen und habe Namen verlangt, worauf der Zeuge ihm erwidert habe, dann müsse er unten anfangen und oben aufhören.

Die Zeugin Frau Schneider, Ehefrau des vorigen Zeugen, bekundet im wesentlichen dasselbe. Frau Hopps, die gesund fortgegangen sei, sei schwer krank zurückgekommen; ihre Augen seien trübe gewesen, die Zunge sehr aufgeschwollen, aus dem Munde sei eine schwarze Flüssigkeit gelaufen. Der Zeuge Schneider sagt noch weiter, er habe bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, es sei jedoch nichts geschähen. Ueber den Tod seines Kindes habe Hopps große Betrübniß gezeigt und geklagt, warum nicht er an Stelle des Kindes habe sterben können.

Die Verhandlung wurde sodann auf morgen vertagt.

Aus der Heimat

* Friedberg, 15. Jan. Donnerstag, den 8. d. M. hielt der Volkshilfsverein seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Professor Watz, erstattete den Jahresbericht für 1913, der ein Bild ruhiger, ununterbrochener Wirksamkeit und fleißiger Arbeit bot. Im Berichtsjahr wurde bis 1912 auf 207 gekündete Mitgliederzahl durch eine ununterbrochene Neuerung auf 259 erhöht, das ist die höchste seit Wiedereinstellung des Vereins erreichte Ziffer. Bemerkenswert ist ferner, daß im vergangenen Jahr kein Mitglied dem Verein durch den Tod entziffen wurde. Durch Wegzug schieden 13 Mitglieder aus dem Verein, die die Freude, daß eine Reihe von Mitgliedern bereits 30 Jahre ihm treu geblieben ist. Es sind dies, abgesehen von drei freiwirtschaftlichen Mitgliedern, der Voge Ludwig zu den 3 Sternen, dem Turnverein, dem Vorfuß- und Kreditverein, die Herren Sanitätsrat Dr. Becker, Abgeordneter Oekonomist Feld, Rentner Georg Hieronimus, Geh. Justizrat Jödel, Geh. Kirchenrat Werner, Kaufmann Poppenheimer, Buchhändler Scriba, Geh. Medizinalrat Dr. Wackerling und Rentner Ernst Winkler. Zwei Mitglieder, Herr Kommerzienrat Tripp und Herr Hofbuchhändler Winkler, gebären dem Verein seit ihrem Bestehen (23. 4. 72) an. Im Jahre 1913 wurden vier Beiträge gehalten. Am 23. Januar sprach Herr Medizinalrat Dr. Nebel über die Frage: „Gibt es Mittel, das Leben zu verlängern und ein hohes Alter zu erreichen?“, am 20. Februar unterhielt uns Herr Prof. Watz unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder über Konstantinopel; in die Geschichte der Tiere führte ein Lichtbildvortrag des Herrn Oberlehrer Pössel am 23. Oktober; und am 6. Dezember redete Herr Dr. Gander-Frankfurt über Tropenkrankheiten unter besonderer Berücksichtigung der Schlafkrankheit; auch dieser Vortrag wurde mit Lichtbildern erläutert. Alle Vorträge waren gut besucht und wurden freundlich bei freiem Eintritt aufgenommen. Außerdem erstatten wir uns zwei Aufführungen des Rhein-Mainischen Verbandstheater. Es wurden an

Am 9. Februar „Ligatus Hofgast“ von Seemannshaus, und am 19. November „Der eingebildete Kranke“ von Rollere. Beide Aufführungen waren sehr gut besucht. Auch im verflochtenen Theater hat der Verein für Gehörlosenangehörigen einen Erfolg am Hofplatz, und Krebsteine 200 Mark, von dem Himmelsstift 200 Mark, von der Loge 10 Mark, von einem Himmelsstift Frau Witz, Schmidt-Beilage 50 Mark, wofür sich hier nochmals den hochwürdigen Spendern herzlich gedankt. Für Bücherbesuche hat der Verein zu danken den Herren Hofbuchhändler Wilmersdorf, Buchhändler Siska, Kaufmann Franz Stern, Kaminier Ulrich und Justizrat Winkler. Wie immer letzte Herr Kommerzienrat Trepp auch in diesem Jahre den Kaufmann und im Namen des Vereines der Gehörlosen das Mitglied der Stadt Frankfurt, Herr J. Dörfler die Mittelklasse, von den Deutschen und Osterreichischen Alpenvereine, der Tierforscherverein keine Zeitschrift auf. Die Stadt Friedberg überwiegt den Verein verlässig einen Raum in der alten Gewerbeschule. Für die ungenügende Ueberlieferung ihrer Zeitungen hat der Verein zu danken die Schriftleitungen des „Sächsischen Anzeigers“, der „Frankfurter Hofzeitung“, des „Oberhess. Anzeigers“, der „Neuen Friedb. Zeitung“ und der „Neuen Tageszeitung“. Wie bisher zu werden auch im verflochtenen Jahre durch Mühseligkeit unterstützt: der allgemeine deutsche Sprachverein, die Geschäftsstelle zur Förderung der Ränke im Klein- und Kleinhandel, der Verein der hessischen Volkshilfen, die städtische Schriftenschriftsamt in Berlin, der Rhein-Mainische Verband für Volkshilfe, der allgemeine Verein für deutsche Literatur, die deutsche Dichter-Vereinsanstalt, die Gruppe Treibberg des Jugendbildungsvereines, Beschlüsse und Bücher konnten leider in diesem Jahre ihren Zweck nur unvollkommen dienen doch wird die Inanspruchnahme eines nützlichen Leses und Bücherzimmers nun in Angriff genommen und hoffentlich recht bald vollendet. Mit dem Ausdruck des Dankes an alle, die auch im abgelaufenen Jahre sich in den Dienst des Volksbildungsvereines gestellt hatten, schließt der Vorsitzende seinen herzlich aufgenommenen Bericht. Die Rechnung lag dem Vorstande zur Verfügung. Sie war von Herrn Seminarlehrer Gehert geprüft. Dem Rechnung wurde mit dem Dank für seine Mithilfe und Entlastung erteilt. Die langjährig auscheidenden Herren Fald, Käs und Söhl wurden erneut in den Vorstand gewählt. Außerdem wurden der Vorstand für 1914 und noch einige Punkte wie Ausstattung des Lesesimmers u. a. besprochen. Möge das neue Jahr 1914 dem Verein seine alten Freunde und Anhänger erhalten und ihm für seine nützliche Arbeit neue Kräfte zuführen.

Friedberg, 15. Jan. (Schöffengericht). Ein Privatwächter in Friedberg hatte zwei Strohbesen erhalten über je drei Mark, weil er das Besen seines Hundes nicht verbrühte. Auf erheblichem Einspruch wurde er freigesprochen. — Ein Kaufmannsdiener aus Dorlar 6 Wehlar wurde wegen Betrugs und Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt. — Ein Direktor zu Korbach ist wegen Raubmittelschuld angeklagt, weil er kostenloses Wasser als „Himber-Limonade“, unter Bezug von Zucker, aromatisierten Stoffen und Farbstoff unter der Bezeichnung „Korbacher Himber-Moussier“ zum Zweck der Täuschung in den Verkauf gebracht hat. Es erfolgte Freisprechung, weil der Angeklagte die Zulassung „Säfte aus frischen Früchten“ bezogen und das Wasser zu einem sehr billigen Preise — 7 Pfg. per Flasche — abgegeben hat, mithin eine Täuschung des Publikums als nicht vorliegend angesehen wurde. — Ein Arbeiter aus Weibach erhielt in oben Körperverletzung 5 Mark Geldstrafe, weil er einen anderen Arbeiter geschlagen hatte. — Wegen Plandertücherei wurde ein Kaufmann aus Wilsdorf freigesprochen. — Ein Studierender zu Friedberg wurde wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt.

Gießen, 15. Jan. Am Montag, den 19. Januar d. J. werden die Reichsbeamtenstelle Wehler aus dem Bezirke der Reichsanstalt Coblenz aus und wird der hiesigen neugegründeten Reichsanstalt zugewiesen. Diese umfacht außer der Reichsanstalt Wehler noch die Reichsanstalt Marburg a. d. Lahn und Friedberg i. Hessen.

Frankfurt a. M., 15. Jan. Der Kon. der Kon. der Verein für Kümpelhilfe Wehler-Frankfurt a. M. jüdisch der Reichsanstalt Coblenz errichtet großen Heli. und Erziehungsanstalt ist so weit gebildet, daß die Anstalt am 1. April 1915 eröffnet werden kann.

Frankfurt a. M., 15. Jan. Die neuerrichtete Lehrstelle, die erste an der Schule, wurde von der Regierung in Wiesbaden am 1. April d. J. ab dem 1. April, Urban in Sommerheim 1. Tannus übertrugen. Von diesem Zeitpunkt ab behält ebendies das hiesige Lehrkollegium aus einem Vektor, 7 Lehrer und 3 Lehrerinnen. Zur Besetzung neuer Lehrstelle wird 1. alte Schule, die bisher zu Dienstwohnungen dienste, wieder zu Schulzwecken hergerichtet.

Wiesbaden, 14. Jan. Hier wollte die Ehefrau des Kaufmanns Remm ihr 18 Monate altes Kind zu Bett bringen. Während sie das Kind auf dem Arm trug, explodierte die Petroleumlampe in ihrer Hand. Die Frau stand im Augenblick in Flammen und erlitt lebensgefährliche Brandwunden, das Kind blieb unversehrt.

Wiesbaden, 12. Jan. Der Fabrikarbeiter Witz, Schiefer aus Wiesbach wurde in Untersuchungshaft genommen, weil er sich seiner, ihm erst vor vier Monaten angekauften Frau dadurch zu entziehen versuchte, daß er sie abends in der Dunkelheit in der Nähe des Zollhauses in des Rhein-Weh. Gläubigerwelle wurden durch die Hilfeleistung der Frau zurückgehende Leute aufmerksam und reisten sie. Man nimmt an, daß Schiefer sich seiner Frau entziehen wollte, um ein Diensthändchen zu betreten, mit dem er ein Liebesverhältnis unterhalte.

Wiesbaden, 12. Jan. In einer gemeinsamen Magistrats- und Stadtverordnetenversammlung wurde der Ministerialdirektor Dr. Geh aus Darmstadt mit 41 von 49 Stimmen zum beabsichtigten Beigeordneten der Stadt Wiesbaden gewählt.

Wiesbaden, 12. Jan. Im Rathhause Wehler hat am 20.

Oktober d. J. der Tagelöhner Gustav Witz in Wiesbaden ein von dem Fuhrherrn Keller geliehenes Pferd mißhandelt, besetzt, daß noch nach Tagen das Tier ausgeplagte Striemen zeigte. Die Schiffe erkrankte diese Kabelei mit 8 Tagen Halt. — In abwechselnder Weile warging sich vor einiger Zeit in Wiesbaden der Tagelöhner Kappach an einem 7jährigen Mädchen, das er vier Stunden mit in den Wald nahm, dort von seinen Untaten erst abließ, als das Kind Hilfe und Spargiergang herbeirief. Nur seine geistige Nimmermüdigkeit bewachte ihn vor dem Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Wiesbaden, 14. Jan. Einige Fallhämmerer werden das Wiesbadener Schwurgericht in der nächsten Tagung beschuldigen und zwar werden in Griesheim a. M. und Wiesbaden begangene Mängelverbrechen den Gegenstand der Verhandlung bilden.

Wiesbaden, 14. Jan. Aus ganz geringfügiger Ursache hatte in der Nacht vom 27. Oktober a. J. der 1885 in Dattelnheim geborene Fabrikarbeiter August Reinhardt in Ebdraheim mit seinem Schwarm nach seinem Weisberg, dem Arbeiter Jakob Spengler, geschossen und diesen unglücklicherweise besetzt ins Auge getroffen, daß die Schirmspitze das Gehirn verletzete und der Geschworne bald darauf verstarb. Wegen dieser Tat fand Reinhardt vor dem Wiesbadener Schwurgericht. Diese Verbrechen in der Körperverletzung mit Todserfolg schuldig. Unter Zahlungsvermeidenden Umständen im weitgehendsten Maße erkannte das Gericht gemäß dem Antrag des Staatsanwalts auf 1 Jahr Gefängnis. In Berücksichtigung dessen, daß es sich um einen unglücklichen Zufall handelt, der Angeklagte gerechtfertigt und angekränkt war, die Tat auch gütlich eingehend und sie bereits, wurden ihm außerdem 2 1/2 Monate der Untersuchung auf die Strafe angerechnet.

F. C. Wiesbaden, 14. Jan. Bei dem von der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden veranstalteten Preisbewerb für musikalische häusliche Gesangsübungen im Jahre 1913 wurden zurkannt: Konrad Jakob in Kammersmühle bei Willendorf ein 10. H. Wolfr in Wiesbach a. M. ein 15 Preis von je 100 M., Otto Carl Zehlmann in Widen ein 20 und Heinrich Hermann II. in Holzhausen bei Gladenbach ein 25 Preis von je 60 M.

Wiesbaden, 15. Jan. Das Kaiser Wilhelm Heim der Deutschen Gesellschaft für Kaufmannserholungsheim, an dem Chausseebau bei Wiesbaden wurde bis 1. Zember 1913 von 1818 Personen besucht mit 18764 Verpflegungstagen; das „Erst Ludwig Heim“ in Bad Soden von 629 Personen mit 8667 Verpflegungstagen. Von den Gästen waren 60 Prozent männlich, 40 Prozent weiblich Geschlecht.

Wiesbaden, 15. Jan. Der städtische Schulrektor Johannes Kiesel in Oberursel, gegen den wegen gütlicher Verziehungen seiner Ehefrau gegenüber ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden war, wurde von dem Verwaltungsricht in Wiesbaden in eine Geldstrafe genommen.

Wiesbaden, 14. Jan. Ein Mann aus Wiesbach war eines Tages im November d. J. auf dem Wege zur Arbeitsstätte begriffen, als er, an der Ecke der Dillhorn- und Kaiserstraße von einem Motorwagen der Straßenbahn angefahren und zur Seite geschleudert wurde. Weil er fahrerfähiger Weise einen Eisenbahntransport ein Hindernis bereitet habe, verurteilte das Schöffengericht ihn zu 1 M. Geldstrafe.

Aus dem Tannus, 15. Jan. Der Bankier Witz. Egerl in Stützbergersheim hatte sich dadurch die Mühseligkeit seines Hofmann des Landrats Helgmann zugezogen, daß er auf seinem eigenen Grundstück eine Remise errichten lassen wollte, die dem Wohnhaus des Helgmann in verschiedenen Zimmern das Licht entzog. Trotz einer Reihe Beschwerden des Helgmann wurde der Baubescheid erteilt. Als Egerl den Bau begonnen und eine hohe, auf einem Stein gebaute Mauer errichtet hatte, schickte diese in der völlig windstillen Nacht zum 21. August d. J. fast ganz zusammen. Als mutmaßlicher Täter wurde der 70jährige Landmann Ferdinand Meißl Heinzmann unter der Anklage der Verhinderung eines Gebäudes vor den Strafrichter gestellt, zumal festgestellt wurde, daß von der Seite des Helgmannschen Hauses mit irgend einem Gegenstand auf die Mauer eingewirft worden ist. Die Strafkammer Wiesbaden hielt Helgmann für den Uebeltäter und verurteilte ihn zu 1 Monat Gefängnis.

Aus dem goldenen Grund, 15. Jan. Die Ehefrau Anna Müller und deren 21jährige Tochter Angula, beide aus Camberg, fanden vor dem Wiesbadener Schwurgericht, weil sie zu Beginn des vorigen Jahres, als plötzlich etwa 30 Gläubiger über sie herfielen, als sie in Hieses G. rebe gekommen, Vollqualifikationen besetzt füllten, daß sie an die Gläubiger „Hilf“ der „Jede“ Mark auf die Schuld per Vollkommene abschließen, aber dem Gerichtsvollzieher harte Qualitäten der Voll über „Hilf“, „Jede“ Mark vorlegten und durch besetzt hohe Zahlungen auf die Schuld Verlegung der Befristungen und Aufhebung von Pfändungen erreichten. Die Schwurereine sprachen nur die Mutter Müller in einem Falle der öffentlichen Urkundenfälschung für schuldig. Das Urteil lautete gegen sie auf 4 Monate Gefängnis, gegen die Tochter auf Freisprechung. — Eine Folge des heutigen Beschlusses vor dem Schwurereine wird, wie der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer andeutete, die sein, daß sich die Behörde mit dem in der Sache ständigen Geschwornenrichter, der heute einen höchst unbeherrschten Eindruck machte und sich auf fast nichts mehr entsinnen konnte, auch noch zu beschuldigen haben wird, da er, trotzdem er 1910 von denselben Fällen bereits gewußt, aber tiefes Schweigen darüber bewahrt haben soll.

Wiesbaden, 13. Jan. Unter dem Vorsitz des Pfarrers Anthes (Hiesbach) hielt der Landesverband deutsch-evangelischer Jugendvereine in Kassel im „Evangelischen Vereinshaus“ seine diesjährige Hauptversammlung. Dem Tätigkeitsbericht zufolge lassen die Jugendvereine neuerdings in Kassel überaus schnell Fuß, namentlich im Volksgelände. Ein geplantes Zusammenkommen des Verbandes mit der Jugendvereine des Mittelrheinischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine wurde einer späteren Tagung zur Erleuchtung überlassen. In den Vorstand wurden wiedergewählt Pfarrer Anthes (Evangelienwald) und Landgerichtsrat Niem (Wiesbaden).

Gerborn, 13. Jan. In der Grube „Kotland“ stürzte der jugendliche Bergmann Theis aus Offenbach von einem Gerüst ab, wobei er sehr schwere innere Verletzungen und Brüche erlitt.

Frankfurt, 14. Jan. In dem neuen Volksheim gewahrt die Wags eines Wirts, als sie morgens den Herdheben betrat, einen fremden Mann, der auf ihr Schreien eilte das Weite suchte. Er hinterließ einen Koch, in dem sich außer Gewürzen, die von einem Diebstahl herrührten, zwei geladene Revolver befanden.

Schlüchtern, 13. Jan. Am Dittelstufen-Tunnel sind die Durchbohrarbeiten soweit vorgeschritten, daß der Durchbruch zwischen dem 23. und 27. Januar erwartet wird. Die Zahl der Arbeiter ist auf 200 verringert worden.

Schlüchtern, 13. Jan. Eine nachahmenswerte Bitte richtet der hiesige Landrat an die Kreisräte. Diese sollen der Fälligkeit von Büumen und das Befestigen lebender Hecken und Sträucher, soweit es irgend möglich ist, ganz unterlassen, um dem Heimaufbau das eigenartige Genüge nicht zu nehmen. Dadurch geschädigt das 3-jährige der Büumen nicht aus Ket Der Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu den dauernden Schäden, der durch eine vorzeitige Wagnisse erwächst. Gleichzeitig aber dient die Schonung des Baumwachstums dem Schutz der dem Landmann so überaus nützlichen Eingänge.

Falda, 12. Jan. Donnerstag Nacht wurde auf dem Bahndamm der Wehler Straße nach der Wehlermühlstraße von Tera ein 15jähriger Mädchen von hier liegen aufgefunden. Durch die Unachtsamkeit des Lokomotivführers und des Leiters eines herannahenden Zuges wurde das Mädchen verunglückt erbeut. Es wurde nach der Station verbracht und später durch zwei Schwestern zu ihren Eltern geführt. Was das Mädchen zu dem Vorhaben veranlaßt, ist unbekannt.

Kassel, 14. Jan. Ungezogenheiten von Fortbildungsschülern halten die Lehrer der Fortbildungsschule in Wehlerode (Kreis Rotenburg) zu erdulden. Viele Ungezogenheiten waren schließlich derart, daß eine gedeihliche Arbeit an der Fortbildungsschule in Frage gestellt wurde. In besonders rüpelhafter Weise wurde dem Hauptlehrer mitgeteilt. Einer der Fortbildungsschüler, der 16jährige Maurerlehrling Chr. Bl. in Wehlerode, behag sogar die Treuepflicht, auf offener Straße den Hauptlehrer zu beleidigen. Das Schöffengericht in Rotenburg verurteilte daraufhin den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe; die hiergegen eingelegte Berufung wurde gestern von der Strafkammer verworfen.

Storchenburg, 14. Jan. Das schwere Eisenbahnunglück in Offenbach am 8. September d. J., welchem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, während das dritte schwer gefährdet wurde, fand am 12. Januar seine Sühne vor der hiesigen Strafkammer. Bekanntlich wurde damals das Mühljührwerk des Landwirts Neubauer aus Sprendlingen, als es auf dem Nachbarweg von Offenbach nach Sprendlingen den Eisenbahnübergang an der Sprendlinger Straße passieren wollte, von dem aus Frankfurt kommenden Eilzuge überfahren, da die Schranke an dieser Ueberschneidung nicht geschlossen war. Eine Frau Schaller Wime, die auf dem Wege lag, wurde sehr getötet. Neubauer darf trotz seiner Aufnahme in das hiesige Krankenhaus und Frau Neubauer wurde schwer verletzt, wurde wieder hergestellt, jedoch aber heute noch an nervösen Störungen. Angeklagt sind der 22 Jahre alte Hilfsweichensteller J. Herzog, der die Schranken zu bedienen hatte und der 50jährige Wehlermeister J. P. Burdardt wegen fahrerfähiger Transportführung, fahrerfähiger Leitung und wegen fahrerfähiger Körperverletzung. Beiden wird von der Bahnverwaltung das beste Zeugnis ausgestellt und erteilt sich Burdardt einen 15jährigen lobenswerten Dienst. Beide sind das Opfer ihres Berufes resp. der Dienstvorschriften geworden. Burdardt hatte bei Stillwert 1 zu bedienen, den Zügen freie Fahrt aus Offenbach zu geben, wenn er sich nach der Vorschrift überzeugt hatte, daß der von ihm geleitete durch das Schienenstättensystem benachrichtigte Schrankenwärter die Schranken aus geschlossen hatte. Diese Vorschrift hatte auch nach der Ansicht der Schwurereine ihre Schwierigkeiten und war unzureichend, da andererseits auch eine zweite Denkmessung bestand, nach der bei Vermeidung von Ordnungstößen nach Möglichkeit vorzuziehen werden müsse, daß die Züge auf der Strecke halten und dadurch die Fahrzeit nicht einhalten. Im vorliegenden Falle hat, wie schon m. H. nach der Angabe Herzogs das Klingelwerk verlegt, jedoch er die Schranke erst schloß, als er den Zug schon hörte, nach der Anklage hätte er aber auch ohne Signal die Schranke auf Grund des Fahrplans schließen müssen und Burdardt hätte sich davon überzeugen müssen, daß die Schranke auch geschlossen sei. Beide werden unter Zustimmung mildernden Umstände in weitestem Maße zu der Mindeststrafe von je einem Monat Gefängnis verurteilt. Hoffentlich geht nun die Behörde auch daran, für die Befestigung der dortigen Einrichtungen zu sorgen.

Darmstadt, 12. Jan. Ein schwerer Uebelsall wurde am 9. Januar auf die beiden Söhne des Direktors der Zuckerfabrik Willhardt in Groß-Geraun ausgeübt. Der Fabrikdirektor G. Wölfler war aus der Fabrik entlassen worden und floge nun beim Gemeindefest. Als der am 9. Januar festgebende Termin nicht zu seinen Gunsten ausging, erhub er auf der Straße einen Kanakstreich und schlug damit auf den etwa 22 Jahre alten Sohn, der die Fabrikleitung am Gericht vertreten sollte, ein. Der junge Mann brach benutzlos zusammen und wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus gebracht. Der jüngere Bruder Willherbs schlug nun mit einem Stock auf Wölfler ein und verlor auch diesen nicht ungefährlich. Wölfler, der aber transportfähig blieb, wurde festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis in Darmstadt eingeliefert.

Kassel, 12. Jan. Der hiesige Volksbildungsverein veranstaltet in der Zeit vom 17. Januar bis 8. Februar 1914 in den Ausstellungsräumen der Reichsanstalt in Darmstadt eine größere Ausstellung von Bildern, Filmen und kinematographischen Filmen, gegen einen Eintrittspreis von 50 Pfg. der für Mitglieder von Arbeiterorganisationen und gemeinnützige Vereine auf 20 Pfg. herabgesetzt werden kann. Zur Ausstellung gelangt

